Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94. Montag, den 22. April 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Hetzjagd — Todesjagd.

Eine Massenkatastrophe ist geschehen, das größte und stolzeste aller Schiffe liegt auf dem Meeresgrund, weit mehr denn tausend Menschen riß das grausige Verhängnis in den Tod. Staatenoberhäupter und Parlamente drücken gefühlvoll ihr Beileid aus, die Zeitungen füllen täglich Spalten und ganze Seiten mit Schilderungen und Betrachtungen. Wissenschaftler und Techniker geben Gutachten ab. Auch Theologen warten mit ihrer Weisheit auf, die sich in die Formel kleidet: Da sieh, Menschlein, was all dein Ringen, dein stolzes Anstürmen wider Naturmächte vermag. Dein Wille umspannt den Erdball, du fliegst zur Sonne empor und däuchst dich Gott, du lässest Schiffe die Meere durchfurchen. Aber wenn dein Übermut alle Grenzen übersteigt, dann scheucht der Donner deine Vermessenheit in Schranken. Furchtbar ist Gott, erkenne ihn im Walten der Elemente. „Titanic“, der Name ist ein Symbol. Titanen stürmten den Götterhimmel, Titanen schleudert der göttliche Wille ins Nichts. Und auf derselben Linie, wie jenes der theologisch gerichteten Geister, bewegt sich das Urteil naturwissenschaftlich geschulter bürgerlicher Zeitungsleute. Es ist ein ganz eigenartiger Anblick, in Scherls „Tag“ einen Dichter, der sonst von Spott und Ironie nur so tönt, seine Leier auf dieselbe Weise in Ergebung stimmen zu hören, die in der klerikalen „Kölnischen Volkszeitung“ anklingt.

Da sieht man wieder, wie das Unglück die Menschen eint! Nur wir robusten Sozialdemokraten mischen unsere Stimmen nicht in diesen Gleichklang, wir müssen ihn sogar stören. Denn uns erscheint die Katastrophe nicht als das unvermeidliche Opfer, das von der Naturkraft verlangt wird; die eigentliche Veranlassung sehen wir vielmehr auch hierbei im sozialen Geschehen. Und das liegt so klar, daß jeder, auch der Nichtsozialdemokrat, von selbst darauf stoßen sollte. Das Schiff fuhr in den Grund, weil die kapitalistische Hetzjagd es dahin peitschte.

In der Nationalgalerie zu Berlin hängt ein Bild: Die Jagd nach dem Glück. Man sieht häufiger, wie sein Kunstwert es rechtfertigt, davon Nachbildungen. Da rast ein Beutejäger der Glücksgöttin nach, die auf schillerndem Ball vor ihm hintanzt, ihn zum Abgrund lockt. Hinter dem Beutejäger der Knochenmann; ihm ist das Opfer gewiß. Die Glücksjägerrolle hat die Bourgeoisie längst hinter sich, etwa ihre Kolonialpioniere liegen ihr noch ob. Und dennoch erkennt sie in dem Reiter, der wie toll hinter dem Erfolg einher setzt, ein Stück ihrer selbst. Das Glück, der Erfolg lockt, durch wahnsinnige Anstrengungen soll der Erfolg erzwungen werden. Ein tolles Rasen, bei dem einer den anderen überrennt. Nirgends toller, wie bei den Schiffsgesellschaften. Die Konkurrenz peitscht voran, und in die Peitsche sind noch ganz besondere Aufmunterungsmittel eingeflochten, die man staatliche Subventionen nennt. Wer am raschesten eine bestimmte Strecke durchrast, der schlägt die Konkurrenz. Zwischen den Gesellschaften des einzelnen Landes und von Land zu Land geht das Treiben. Eine Seemeile Vorsprung? Muß rasch wettgemacht werden! Stärkere Maschinen her; und nicht nur das: es werden alle Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen. Die Vorsichtsmaßnahmen selbst verlieren Sinn und Bedeutung, weil auch bei ihrer Einhaltung der Zweck nicht erreicht werden kann. So soll bei Nebel die Fahrt verlangsamt werden, damit ein Ausbiegen bei Schiffsbegegnungen möglich bleibt. Doch was nützt die Verlangsamung, wenn auch dann noch die vorwärtstreibende Kraft so stark ist, daß die Stillsetzung des Schiffskolosses erst auf eine Seemeile weit möglich ist.

Die Hetzjagd muß zur Todesjagd werden, und dann soll allein die unbezwingbare Naturmacht die Ursache sein. Gehetzte sind aber im buchstäblichen Sinne die Schiffssklaven bis zum Kapitän hinauf, der Kapitän am meisten. Die Stunde, die Minute ist einzuhalten, verspätete Ankunft kann ihm die Stelle kosten, Verkürzung der Fahrtzeit aber setzt sich für ihn um in Aufbesserung und Beförderung. 20 009 Schillinge waren dem Kapitän der „Titanic“ versprochen, falls er den Rekord breche. Ein Keil treibt den anderen: der Direktor muß hohe Dividenden machen, das kann er nur, wenn er die Konkurrenz bezwingt — aus der einen Aufgabe entspringt alles andere, entsprang auch die Fahrt der „Titanic“. Um den Rekord zu brechen, steuerte sie den kürzesten Weg, der sie notwendig in die Nachbarschaft schwimmender Eisberge bringen mußte, steuerte Volldampf voraus — mehr als tausend Menschen zahlten mit ihrem Leben den Preis. (Versteht sich: die Passagiere des Zwischendecks stellen absolut und verhältnismäßig das stärkste Kontingent der Ertrunkenen; umgekehrt die Erstklassler die meisten der Geretteten. Will man uns weis machen, daß die Naturkraft Auslese hielt?) Aber liegt nicht auch im Interesse der Menschheit, daß die Entfernungen verkürzt werden? Auf der „Titanic“ fuhren amerikanische Kaufleute heimwärts, für sie ist Zeit Geld. Jawohl; doch glaubt man, dadurch werde am Los der Menschheit das geringste geändert? Der Erfolg auch dieser Kaufleute peitscht ihre Konkurrenten auf, es ihnen gleich zu tun. Die allgemeine Hetzjagd nimmt noch schnelleres Tempo an, und sonst hat sich nichts geändert.

Die Katastrophe der „Titanic“ ist ein Symbol der gesamten kapitalistischen Gesellschaft. „Titanic“ überall, „Titanic“ auch jedes der pompösen Schiffe, insofern für jedes aus Ersparnisgründen viel zu wenig Rettungsboote vorhanden und daher bei Katastrophen mindestens einem Drittel von Passagieren und Mannschaft der gewisse Tod winkt. Hetzjagd, Profitjagd überall. Da versinken über tausend Menschen im Ozean, dort verschlingt ebensoviel Männer ein feuriges Grab tief unter der Erde. Courrieres ein Flammenzeichen, das zum Himmel lodert, und die aufspritzenden Wogen, in denen die „Titanic“ verschwand, ein rauschender, brüllender Anklageschrei. Profit, Jagd nach Profit, das ist der Fluch, der Unheil über Massen bringt trotz gebändigter Naturkraft. Gewaltige Katastrophen wirken wie Gewitterschläge, die kleinen Katastrophen, bei denen Jahr um Jahr Zehntausende Proletarier als Opfer bleiben, die werden kaum beachtet. Und wenn ein Reeder ein morsches Schiff in den sicheren Untergang schickt, um die Versicherungsprämie einzuheimsen, dann kann passieren, daß der Mann geehrt und im Rat der Bourgeoisie hoch erhoben wird. Das ist schon dagewesen!

Welchen moralischen Anspruch hat überhaupt diese Bourgeoisie darauf, daß man ihren empfindsamen Mitleidsausbruch nicht mit einer grimmen Satire beantworte? Sie, die eben jetzt zum Schutz ihres Profits in Deutschland die Seemacht stärken will, auf daß einst „der Feind“ in den Grund gebohrt werde, wo die Opfer der „Titanic“ ruhen, sie soll uns mit Empfindsamkeiten ferne bleiben. In jedem Proletarierherzen zittert gewiß Mitleid mit den Opfern und den Hinterbliebenen, aber ein Mitleid, das nach Taten lechzt. Taten, die der Hetzjagd, der Todesjagd den Weg verlegen. Es wird Zeit, dem Kapitalismus in den Arm zu fallen und ihm die Direktion über Produktion und Zirkulation abzunehmen. Denn Unheil kennzeichnet seine Spur und Verderben seinen Weg. Stoßt die Beherrscher des Wirtschaftslebens vom blutbeflecktem Thron, auf daß die Jagd nach dem Profit, die Jagd über Menschenleiber ende und Wohlfahrt walte!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichsparteiliche Obstruktion.

Zwei Niederlagen in einer halben Stunde: Dieses Kunststück parlamentarischer Fertigkeit hat Sonnabend der Abgeordnete Dr. Arendt zuwege gebracht.

Seitdem die von den deutschen Wählern dezimierte Reichspartei allen Anstrengungen zum Trotz es nicht zu der Größe einer Fraktion gebracht hat, sind ihre Führer — eigentlich sind nur noch Führer da ohne Geführte! — ganz besonders gegen ihr Schicksal erbittert. Um so plumper noch als ihre konservativen Freunde bemühen sie sich, die Arbeitsfähigkeit dieses Reichstages zu bestreiten. So machen sie, wo es nur vielleicht gelingen könnte, kleine Obstruktionsversuche. Der Sonnabend sollte ihnen zwei Gelegenheiten bieten, ihre Fähigkeiten zu erproben. Aber beide Male zeigte sich, daß jeder Obstruktion, die nicht im Volkswillen wurzelt, die Kraft fehlt und der Erfolg ausbleiben muß.

Die entsetzliche Katastrophe der „Titanic“ bildete den ersten Anlaß, und man konnte so zunächst feststellen, daß der Geschmack dieser Herren sich an keiner Empfindlichkeit stößt, wenn sie irgendein politisches Resultat für sich erhoffen. Ihr Antrag auf Erhebungen über die Sicherheitseinrichtungen in der deutschen Marine gründete sich zwar nur auf unkontrollierbare Zeitungsnachrichten, über deren Unzuverlässigkeit gerade die Rechte nicht genug klagen kann, wenn sie in irgendwelchen Fällen von unseren Rednern zitiert werden, die ihnen indessen zu ihrem Manöver natürlich gut genug waren. Herr Arendt, der der Feierlichkeit der Stunde halber seiner Übung entgegen die Tribüne bestiegen hatte, begründete seinen Antrag mit Tränen der Rührung in der Stimme. Er trieb die Heuchelei so weit, daß er sogar von einer Teilnahmlosigkeit der Linken sprach, weil sie sich für ihn nicht interessieren mochte.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück war der Zustimmung fast des ganzen Hauses sicher, als er die Revision der gegenwärtig geltenden Bestimmungen ankündigte, es aber ablehnte, jetzt schon die ganze Frage materiell zu erörtern, wo doch eine exakte Prüfung noch garnicht möglich sein könne. Herrn Arendt, der überall abgefallen war, erschien danach sogar die vom Genossen Haase vorgeschlagene Vertagung zu viel! Wehmutsvoll zog er unter dem Gelächter der Linken seinen Antrag zurück!

Der zweite Reinfall: Alle Fraktionen hatten sich auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der aus der Strafgesetznovelle zunächst die notwendigen und unaufschiebbaren Änderungen herausnimmt, über die keine Meinungsverschiedenheit besteht. Es war auch verabredet, daß über diesen Gegenstand nicht debattiert werden solle. Aber Herr Arendt hielt seine Rede und schlug die Überweisung an eine Kommission vor. Herr Wellstein vom Zentrum lehnte es sehr scharf ab, sich auf eine solche Debatte einzulassen, und bei der Abstimmung über den Antrag Arendt erhoben sich mit dem „erfolgreichen“ Taktiker noch reichlich zehn Mann.

Nachdem der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung beraten war, begann das Haus die Beratung des Etats der Reichseisenbahnverwaltung.

Genosse Fuchs eröffnete die Debatte mit einer eingehenden Betrachtung namentlich der Arbeiterverhältnisse.

Nachdem der Zentrumsmann Kuckhoff die Beschwerden einiger Beamtenkategorien vorgebracht und der Nationalliberale Geheimrat Schwabach seine sehr nationalliberale Rede gehalten hatte, äußerte sich Herr von Breitenbach selber. Muß noch besonders betont werden, daß nach seiner Meinung alles in der besten der Verwaltungen am besten bestellt ist? Die Löhne — so sagt er mit vornehmer Nonchalance — sind ausreichend, wenn nicht gar zu schön. Die hygienischen und anderen Einrichtungen so etwa hervorragend; und Koalitionsrecht — das gibt es selbstverständlich nicht! Mit unerschütterlichem Gleichmut setzte er seine hanebüchene Theorie von seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie auseinander.

Am Donnerstag vermutlich — da die drei ersten Tage der nächsten Woche für die Generaldebatte der Wehrvorlage reserviert wird — wird die Debatte fortgesetzt. Als Redner unserer Fraktion werden die Gen. Dr. Weill und Peirotes sprechen.

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

In der Reichstagskommission zur Vorberatung dieses Entwurfes erwiderte der preußische Regierungsvertreter, Geheimer Rat Dr. Lentz, auf die scharfen Angriffe, die er in der nordschleswigschen Dänenfrage während der letzten Sitzungen seitens der Abgg. Hanssen, Landsberg und Blunck auszuhalten gehabt hatte. Die Entgegnung war nicht übermäßig glücklich und konnte es nicht sein, da die preußische Regierung sich von den subalternen Ängsten vor der Dänenbewegung nicht losmachen kann und aus ihrem Polizeigeist heraus jede, auch die kleinlichste Maßnahme gegen die Dänen und die Heimatlosen in Nordschleswig für erlaubt hält. Daß diese Maßnahmen den entgegengesetzten Erfolg haben, sieht sie oder kümmert sie nicht. Schließlich machte Dr. Lentz den Freisinnigen sogar den Vorwurf, daß ihre Haltung in der Dänenfrage, die endlich einmal zum erstenmale in dieser Kommission entschieden ist, und sie an der Seite der Sozialdemokraten und Dänen hielt, auf Wahlrücksichten zurückzuführen sei. Sie spekulierten auf dänischen Stichwahlbeistand. Genosse Bernstein entgegnete dem preußischen Regierungsvertreter und dem Direktor vom Auswärtigen Amt, der die Regelung dieser Dinge zur Wahrung der Gegenseitigkeit der internationalen Vertragschließung vorbehalten haben will, in wirkungsvoller Weise unter Benutzung seiner lebendigen schweizerischen und englischen Erfahrungen. Dort weiß man die fremden Nationalitäten im Staatsverband zu fesseln, bei uns stößt man sie ab und regt sie auf, um nachher ihre Aufregung gegen sie auszunutzen. Die neueste englische Homerule-Bill für die Irländer sollte Deutschland ein leuchtendes Muster sein. Gen. Dr. Landsberg ergänzte diese Ausführungen durch den Nachweis, wie kleinlich alle Ausführungen und Maßnahmen der preußischen Regierung seien. Man verfolgte nicht Hochverrätereien der Dänen, sondern lediglich dänische Gesinnung. Die Kritik der Regierung aber ginge von großen geschichtlichen und kulturellen Gesichtspunkten aus, und deshalb rede man nebeneinander her. Im übrigen sei zu fragen, auf welche stenographischen Aufzeichnungen der Kommissionsverhandlungen sich der preußische Vertreter berufen habe. Die Kommission habe stenographische Aufnahmen abgelehnt, wo sei also der Urheber der stenographischen Niederschriften? Sie müßten mindestens den Mitgliedern zur Durchsicht unterbreitet werden, damit sie nicht einmal gegen sie ausgenutzt würden.

Der Zentrumsredner Abg. Belzer lehnte nach wie vor die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge ab und befürwortet lediglich eine Bestimmung, nach der ehemalige Deutsche die Reichsangehörigkeit leichter als bisher (nach zweijähriger Niederlassung im Inlande) erlangen könnte. Die Zustände in Nordschleswig allerdings

seien skandalös und unhaltbar. Direktor Kriege vom Auswärtigen Amt behauptet nach wie vor, daß Dänemark voranzugehen und die in Deutschland geborenen Kinder dänischer Eltern auch hinter 1898 zurück rückwirkend als Dänen zu erklären habe; dann sei die Frage der Heimatlosen in Nordschleswig gelöst. Solle Deutschland helfen durch Änderung seiner nationalen Gesetzgebung, so müsse Dänemark durch internationalen Vertrag eine Gegenleistung gewähren.

Genosse Dr. Liebknecht gibt die Einzelheiten einer Reihe besonders harter Fälle und plädiert für die Einführung eines Rechts für Kinder von Ausländern, die hier geboren werden, auf Aufnahme in den Staatsverband. Werde die dänische Gesetzgebung rückwirkend in Bewegung gesetzt, so würden die Heimatlosen das Gegenteil von dem, was sie wollten, nämlich Dänen statt Deutsche. Damit werde also auch keine Beruhigung geschaffen.

Abg. Dr. Blunck (FVp.) weist die „niedrigen Unterstellungen" des preußischen Regierungsvertreters wegen der angeblichen dänischen Wahlhilfe für Freisinnige zurück. Redner verliest das Schreiben eines kommissarischen preußischen Amtsvorstehers aus Nordschleswig, mit dem dieser nach einem 1837 (!!) geborenen Dänen sucht, damit ermittelt werde, ob er oder seine Kinder oder Enkel sich nicht etwa als Deutsche gerieren. So sucht man nach Konfliktsstoff!

Direktor Lewald erklärte zum Schluß der Sitzung, daß die Regierung nur ihre eigenen Erklärungen für den Berichterstatter der Kommission stenographieren läßt.

Liberale Mannesseelen.

Im Stadtverordnetenkollegium zu Köln war es zu einem Konflikt zwischen der Zentrumsmehrheit und der liberalen Fraktion gekommen. Bei der Wahl von zehn Abgeordneten zum Provinziallandtag hatten die Klerikalen 7 von ihren Leuten und 3 Liberale gewählt. Unter den letzteren befand sich aber nicht mehr der Fraktionschef, Geh. Kommerzienrat Dr. Neven Du Mont, der Herausgeber der „Kölnischen Zeitung", obwohl er dem Provinziallandtag schon 12 Jahre angehörte und als der Unterrichtetste der liberalen Stadtverordneten gilt. Die Schwarzen wollten sich offenbar für den Hereinfall Trimborns bei der Reichstagsstichwahl rächen, für den allerdings Herr Neven Du Mont nicht verantwortlich zu machen ist, weil er Gegner der von den Liberalen ausgegebenen Parole war. Die gewählten drei Liberalen Stadtverordneten nahmen die Wahl zunächst nicht an. Alle Welt erwartete nun, daß die Liberalen konsequent auf der Wahl ihres Führers bestehen würden. Statt dessen sind sie in der Sitzung vom Donnerstag schmählich umgefallen und die drei vor acht Tagen gewählten Liberalen nahmen jetzt die Wahl, einer sogar mit „vielem Dank" an. Die nationalliberalen Feiglinge haben die ihnen verabfolgten Ohrfeigen ruhig eingesteckt. Das Zentrum, das gerade in der Kölner Rathausfraktion mit beispielloser Arroganz auftritt, hätte die gesamte nichtklerikale Mehrheit in der Kölner Einwohnerschaft gegen sich gehabt, wenn die Liberalen den ihnen ins Gesicht geworfenen Fehdehandschuh aufgenommen hätten. So aber steht das Zentrum als hohnlächelnder Sieger da.

Eine Niederlage der Rechts-Nationalliberalen in Dresden.

Nachträglich wird bekannt, daß in einer Mitgliederversammlung des Dresdener Nationalliberalen Vereins Dr. Heinze, einer der Wortführer des rechten Flügels, eine schwere Niederlage erlitten habe. Der Nationalliberale Verein nahm Stellung zu dem bevorstehenden Vertretertag. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand Heinzes Rede in der Zentralvorstandssitzung gegen die Richtung Bassermann. Dr. Heinze gerierte sich vor vielen Jahren als Nationalsozialer; als es ihm indessen gelungen war, 1907 als Vertreter eines der beiden Dresdener Wahlkreise in den Reichstag zu kommen, rückte der strebsame Mann rasch nach rechts und die westfälisch-holsteinische Gruppe konnte ihn ohne Bedenken zum Wortführer des rechten Flügels ernennen. In Dresden, in seinem früheren Wahlkreise, trat ihm Stresemann entgegen. Die „National-Zeitung", die den scharfen Zusammenstoß völlig verschweigt, sagt zur Stresemannschen Rede nur: „Er legte in einstündiger Rede die ganzen Vorgänge in der Partei dar und wies namentlich an der Hand genauer literarischer Nachweise nach, wie falsch es ist, Bennigsen gegen Bassermann auszuspielen. Seine Rede fand stürmischen, anhaltenden Beifall." Heinze antwortete, aber er fand kein Echo und verließ die Versammlung noch vor einer Beschlußfassung. Einstimmig nahm die Versammlung eine von Stresemann verfaßte Resolution an, in der das Aufgehen der Jungliberalen in der eigentlichen nationalliberalen Organisation zwar als eine im Interesse der Gesamtorganisation erwägenswerte Frage bezeichnet wird, worin aber weiter betont wird, daß jetzt, wo diese Frage zu einem politischen Schlag gegen die Jungliberalen ausgebeutet werden soll, einstweilen die Resolution des geschäftsführenden Ausschusses nicht ausgeführt werden darf.

Zum Schluß heißt es in der Resolution: „Angesichts des immer deutlicheren Überwiegens des Zentrumseinflusses in Deutschland und der wichtigen Aufgaben, die der nationalliberalen Partei weiterhin in einer Zeit erwachsen, in welcher der Ausbau der Rüstungen zu Wasser und zu Lande und die gerechte Aufbringung der Deckung dieser Vorlage dem deutschen Reichstage obliegen, erachtet der Reichsverein die Erörterung dieser Gegenwartsfragen für die wichtigste Aufgabe des kommenden Delegiertentages und ist der Zuversicht, daß die nationalliberale Wählerschaft sich mit der Parteileitung in der Zurückweisung ungerechtfertigter ultramontaner Machtansprüche und der freudigen Zustimmung zu den Wehrvorlagen eins weiß. Er richtet an die von ihm entsandten Delegierten die Bitte, in diesem Sinne auf die Einigkeit der Gesamtpartei hinzuwirken, im übrigen aber jeder gegen die Parteiführung, insbesondere gegen Bassermann, unsern hochverdienten Führer gerichteten Aktion auf dem Delegiertentage entschieden entgegenzutreten."

Die Wahlen für den Rudolstädter Landtag.

Die Neuwahlen für den aufgelösten Rudolstädter Landtag sind auf den 7. Juni angesetzt.

Roerens Nachfolger!

Die Anhänger der Berliner und Kölner Richtung der Zentrumspartei rühren sich im früheren Roerenschen Wahlkreise Saarburg-Merzig-Saarlouis. Die Kölner Richtung hat als Kandidaten den Duisburger Landtags-Abgeordneten, den gegen Bassermann durchgefallenen Sauermann ins Auge gefaßt, Trier präsentiert einen Schulmann der Berliner Richtung. Jetzt kommt gar die „Ständeordnung" und propagiert die Wiederaufstellung Roerens! In Heft 8 des Blattes liest man:

„Auf ganz anderem Boden als die Kölner Führer mit dieser Erklärung steht folgende Zuschrift, die wir soeben aus Merziger Zentrumskreisen erhalten: „Hier sind", so heißt es darin, „die Zentrumsleute aus dem Volke erstaunt, daß Herr Roeren aus solch einem Grunde ausgetreten ist; denn die Zentrumswähler im hiesigen Wahlkreise betrachten mit ganz verschwindenden Ausnahmen das Zentrum als eine katholische Partei, fassen also den Begriff des Zentrums nach der katholischen Seite hin viel klarer und schärfer auf, als selbst Roeren es tut. Was halten Sie von einer Neuwahl Roerens?"

Die in Koblenz erscheinende „Ständeordnung" ist kein Parteiblatt, aber sie hält es für ihre Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Wähler bei der Neuwahl absolut nicht an den schon deutlich kundgegebenen Willen einiger Herren gebunden sind, daß sie vielmehr gerade in der heutigen Zeit der Verwässerung der Grundsätze im Gewissen verpflichtet sind, einen streng katholischen Mann, aber keinen „interkonfessionellen" Allerweltsmann zu wählen, der es auch den Konservativen Protestanten und selbst den Liberalen recht machen kann."

Die Gesundung der Reichsfinanzen.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der frühere Reichsschatzsekretär, der dem langen Bethmann unbequem gewordene Geheimrat Wermuth im Maiheft der „Deutschen Revue" einen lesenswerten Artikel. Da er sich bezüglich der Deckung der Wehrvorlagen mit manchem deckt, das von uns behauptet worden ist, so sei aus demselben folgendes wiedergegeben:

„Wenn man sich auf die Annahme beschränkt, daß die Kosten im Jahre 1912 etwa 100, im Jahre 1913 etwa 120 bis 130, im Jahre 1914 rund 120 und von da ab 100 bis 110 Millionen Mark betragen, so ist damit doch die Mehrausgabe, die uns von 1913 ab bevorsteht, nicht entfernt erschöpft. Zunächst tritt hinzu die erhöhte Aufwendung, welche wir nach dem vorjährigen Friedenspräsenzgesetz und nach dem geltenden Flottengesetz noch neben den neuen Vorlagen zu bestreiten haben. Das sind für 1913 35, für 1914 rund 50 und von da ab jährlich 45 bis 55 Millionen Mark. Außerdem kann man das natürliche Anwachsen der Ausgaben für 1913 auf 20 und für 1914 auf 40 Millionen Mark (beides gegen 1912) schätzen. Danach wird der, welcher die beiden nächsten Etats aufzustellen hat, **eine Mehrausgabe von rund 180 Millionen Mark für 1913 und von mehr als 200 Millionen Mark für 1914** unterbringen müssen. Der im Jahre 1914 eintretende Wegfall von Teilen der Zuckersteuer und der Grundwechselabgabe, dem übrigens das Nachlassen der Kanalbaukosten gegenübersteht, ist hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Gewiß wird mir geglaubt, daß ich manchen rechnerischen Versuch unternommen habe, ob und wie derart große Summen flüssig gemacht werden können. Das Ergebnis war und kann nur sein: entweder durch neue Einnahmen oder durch Rückfall in die Anleihe. Um eine solche Anleihe einzukleiden, stehen die mannigfachsten Möglichkeiten zu Gebote. Man kann es nennen:

Verwendung der Überschüsse von 1911,

das bedeutet die nachträgliche Aufnahme einer Anleihe für 1911 und die Wiedervermehrung der alten Reichsschuld durch Rückgängigmachen der Schuldentilgung,

oder: Höherschätzung der Einnahmen für 1912,

das bedeutet zum mindesten den Wegfall jedes Überschusses und damit die Preisgabe der Schuldentilgung, möglicherweise aber einen Fehlbetrag, der mit Anleihe gedeckt werden muß,

oder: Zuschuß des außerordentlichen Etats zu den Flottenbauten nach den früheren Grundsätzen, vielleicht auch: Rückversetzung des Kaiser-Wilhelm-Kanals in den außerordentlichen Etat.

das bedeutet eine Anleihe ohne Umweg. Aufgezählt sind nur wenige Abarten; die Finanztechnik macht ihrer leicht noch andere ausfindig. Aber das Schlußwort bleibt: Anleihe...

Nach alledem hielt und halte ich es für unerläßlich, daß eine starke, neue Einnahme jetzt erschlossen wird. Wahrlich nicht, um „Steuern auf Vorrat" bewilligt zu erhalten, sondern weil jetzt die Entscheidung fällt, ob die Reichsfinanzen sich weiter nach oben bewegen oder langsam zurückfinken sollen."

Herr Wermuth weist nach, daß die niedrigen Ziffern der Vorlage der Regierung das wirkliche Bedürfnis nicht entfernt decken! Der Steuerzahler muß in Wirklichkeit viel mehr bluten als die Deckungsvorlage erkennen läßt. Und das haben wir auch immer gesagt!

Ein Stückchen vom konservativen Terrorismus.

In rücksichtslosester Weise wissen die Konservativen ihre wirtschaftliche Macht auszunutzen, um politische Gegner kirre zu machen. Der verflossene Wahlkampf hat dafür Beweise in übergroßer Anzahl erbracht. Einen besonders schweren Kampf haben in Kleinstädten und auf dem Lande die Blätter zu führen, die sich nicht kritiklos der Junkerpartei zu verschreiben gesonnen sind. Nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die zum Liberalismus neigende Presse wird mit geradezu fanatischem Hasse verfolgt. Ist es doch vorgekommen, daß Gemeindevorsteher in ihrer amtlichen Eigenschaft Listen haben zirkulieren lassen, um auf diese Weise Abnehmer für das konservative Lokalorgan zu gewinnen. Die sich weigerten, ihren Namen auf der Liste einzutragen, waren damit natürlich gekennzeichnet und sie wurden dann auf alle mögliche Weise wirtschaftlich zu schädigen versucht.

Über einen außerordentlich gravierenden Fall von konservativem Terrorismus berichtet jetzt das in Gardelegen erscheinende „Altmärker Tageblatt". Vor uns liegt die Nummer vom 17. April. Sie umfaßt lediglich eine Seite sehr groß gedruckten Textes, aus dem unsere Leser aber alles Wünschenswerte entnehmen können. Es heißt da folgendermaßen:

Gardelegen, den 17. April 1911.

„Und willst Du nicht mein Bruder sein,
So schlag ich Dir den Schädel ein!"

Der Schildspruch der Sozialdemokratie, sagt man, wäre es, aber das ist längst veraltet; von sozialistischem Terrorismus hört man nimmermehr etwas, doch konservative Zwangsverfahren gehen immer und immer wieder durch den deutschen Blätterwald. So ist heute wieder ein Stückchen aus unserem eigenen Betriebe zu diesem Kapitel zu verzeichnen:

Die „Altmärkische Überlandzentrale" schreibt, daß man uns nicht als Mitglied aufnimmt und schickt mit dieser Botschaft zugleich zwei Mann, welche uns den Strom sperren wollen. Statt sich unseren wohlgemeinten Tadel hübsch zu merken und Besserung im Betriebe herbeizuführen, sperrt man die Leitung und hofft, uns das Lebenslicht auszublasen. Eine feine Rache!

Aber Sie haben fehlgeschossen, meine Herren!

Heute haben Sie freilich das Vergnügen, unsere Zeitung nur in kleinem Formate zu sehen, aber von morgen ab wird unser Blatt wieder in der gewöhnlichen Größe erscheinen und wird sich erlauben, nach wie vor allen auf die Finger zu gucken, welche nicht so arbeiten, wie es wünschenswert ist.

Unsere verehrten Leser müssen wir wieder, jetzt aber zum letzten Male, der Überlandzentrale wegen um Entschuldigung bitten. Es soll nimmermehr geschehen. Wir sind jetzt auch in bezug auf die Kraft nur noch auf uns selber angewiesen!

Redaktion und Verlag des „Altmärker Tageblatt."

Soweit die Zeitung. Offenbar steht die „Altmärkische Überlandzentrale", die hier in so rigoroser Weise terrorisiert, stark unter konservativem Einfluß. Wenigstens ist das aus der redaktionellen Erklärung zu entnehmen. Was das „Altmärker Tageblatt" an dem Betriebe der Überlandzentrale auszusetzen hat, entzieht sich unserer Kenntnis; jedenfalls aber wünschen wir, daß es dem Verlage gelingen möge, sich auf eigene Füße zu stellen. Schon um den Elektrizitätsprotzen die Suppe zu versalzen.

Finnland.

Neue Gewalttaten. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Die finnische Sozialdemokratie hat alljährlich sogenannte Maiabzeichen verkauft, die gewöhnlich guten Absatz fanden und der Parteikasse einige Einnahmen lieferten. Man benutzte diese Abzeichen zu Agitationszwecken, um den Maifeiergedanken in den Massen zu verbreiten. Nun hat der Generalgouverneur plötzlich gefordert, sie überall von den Vertrauensleuten wegnehmen zu lassen. Diese Maßnahme verursachte in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft heftige Erbitterung, denn gesetzlich ist gegen den Vertrieb derartiger Abzeichen nichts einzuwenden.

Der frühere Redakteur unseres Wyborger Parteiblattes „Työ", Landtagsabgeordneter Genosse Airola, der im Winter auf Befehl des Festungskommandanten aus Wyborg ausgewiesen und bald darauf wegen „Majestätsbeleidigung" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, entging dieser Strafe vorläufig dadurch, daß der Landtag Anfang März zu seiner jetzigen Session zusammentrat. Bisher war es auch in Finnland Brauch, daß Volksvertreter während ihrer Amtsausübung den Gerichten gegenüber eine Immunität bewahren. Bei dem Genossen Airola versuchten die Behörden diesen allgemein gültigen Grundsatz brutal zu durchbrechen. Eines Morgens fanden sich Polizisten bei ihm ein, die ihn ins Gefängnis schleppen wollten. Er konnte noch den Landtagsvorsitzenden rechtzeitig in Kenntnis setzen und auf dessen Eingreifen unterblieb, vorläufig die Verhaftung. Indessen ist Genosse Airola noch heute nicht davor sicher. Eine derartige Brutalität hat die Zarenregierung sogar den Dumaabgeordneten gegenüber nicht zu unternehmen gewagt.

Marokko.

Die Ruhe in Fez ist nach aus französischer Quelle stammenden Meldungen, die deshalb mit Vorsicht aufzunehmen sind, wieder hergestellt. Die Führer der scherifischen Landestruppen sollen sich unterworfen haben. Die Verluste der Franzosen sind sehr groß.

Eine weitere Meldung besagt: Der Direktor der funkentelegraphischen Station in Fez meldet drahtlichem Bericht aus Tanger zufolge, daß die aufständischen Askaris entwaffnet und eingekerkert seien und vollständige Sicherheit herrsche. Wie ferner aus Paris gemeldet wird, teilten im Ministerrat der Ministerpräsident Poincare, Kriegsminister Millerand und Marineminister Delcasse die Funkentelegramme, die aus Fez eingetroffen sind, mit, deren letztes die Wiederherstellung der Ruhe meldet. Die Konsuln von England und Spanien haben dem französischen Gesandten Regnault ihren Dank für den ihren Konsulaten und Landsleuten gewährten Schutz ausgesprochen und ihn zu der Tapferkeit der französischen Truppen bei der Verteidigung beglückwünscht. Kriegsminister Millerand teilte mit, daß sich gegenwärtig 26 570 Soldaten in Marokko befinden, davon 7260 in den Gebieten von Mekines und Fez. Die scherifischen Truppen seien 6000 Mann stark, davon befänden sich 4000 in Fez. Die Okkupationstruppen an der algerisch-marokkanischen Grenze belaufen sich auf 10 400 Mann.

Der Raubkrieg.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:

„Zahlreiche Dampfer, die in den Archipel und ins Mittelmeer abgehen sollten, sind im Hafen verblieben. Die Telegraphenverbindungen mit dem Archipel und den Küsten Kleinasiens sind unterbrochen: der Postdienst wird durch die anatolischen Bahnen versehen. Die Italiener haben die Kabel zwischen den Dardanellen und Tenedos, Lemnos und Saloniki zerschnitten. Die Verbindung zwischen Samos und der Küste wird durch optische Telegraphen aufrecht erhalten. — Blättermeldungen zufolge ist der Kommandant der Dardanellen, General Hiszi, in Konstantinopel eingetroffen. Er bestätigte, daß zwei italienische Kriegsschiffe beschädigt worden sind.

— Die türkische Presse drückt ihre Freude darüber aus, daß die italienische Flotte sich zurückgezogen hat. Sie stellt die Wirkungslosigkeit des Bombardements fest.

Die Stadtpräfektur von Konstantinopel veröffentlicht eine Mitteilung des Inhalts, die Regierung habe rechtzeitig an die Verproviantierung der Hauptstadt gedacht und für das Vorhandensein genügender Vorräte an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln gesorgt. Die Personen, die die Brotpreise in die Höhe zu treiben suchten oder durch Verbreitung beunruhigender Nachrichten die Gemüter erregen würden, sollen vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Über die Ausweisung der Italiener hat der türkische Ministerrat am Freitag beraten, und, wie es heißt, beschlossen, diese Maßnahme bis zu einem neuen Bombardement aufzuschieben. Abends war das Gerücht verbreitet, daß die Italiener Makri an der anatolischen Küste bombardiert hätten, ohne jedoch bedeutenden Schaden anzurichten.

Die Dardanellensperre fängt bereits an, für Handel und Wandel empfindlich fühlbar zu werden. In Konstantinopel herrschte am Freitag das Gerücht, die Hafenbehörde werde die Abfahrt türkischer Handelsschiffe nach dem Schwarzen Meer untersagen oder habe sie bereits untersagt. Die türkische Post soll Geldsendungen mit der Bestimmung nach türkischen Häfen am Schwarzen Meer von der Beförderung zurückweisen. Das Börsenkomitee in Odessa hat über die durch die Beschießung und die Schließung der Dardanellen geschaffene Lage beraten und beschlossen, die Ruhe zu bewahren und, bis die weitere Entwicklung der Dinge aufgeklärt ist, die Operationen in Getreide nicht aufzuhalten. Die Ladearbeiten im Hafen und die Ausführung der früher abgeschlossenen Geschäfte werden fortgesetzt. Die Vorschüsse auf Konossemente werden wie gewöhnlich gegeben. Alle Schiffahrtsgesellschaften, die den Verkehr zwischen Odessa und fremden Häfen versehen, nehmen keine Ladungen mehr an und verkaufen keine Fahrscheine mehr.

Die türkische Regierung hat in Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich einer dauernden Schließung der Dardanellen entgegenstellen, beschlossen, dieselben für die Schiffahrt wieder zu öffnen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 22. April.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbüro der Gärtner befindet sich Stavenstraße 33.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter.

Die Lübecker Ortsgruppe der Nationalliberalen, die mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie identisch ist, beschäftigte sich am Freitag mit der Stellungnahme des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei zum Reichsverband der nationalliberalen Jugend. Nach einem Referat des Landrichters v. Bröcker-Hamburg, der den rechten Flügel vertritt, und einem Korreferat des Amtsrichters Gebhardt-Lübeck, der mehr zu den Jungliberalen neigt, die in der Versammlung die Minderheit bildeten, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Nationalliberale Partei der Freien und Hansestadt Lübeck stellt sich im Interesse des Friedens und der Einigkeit in der Partei auf den Boden des Beschlusses der Mehrheit in der Zentralvorstands-Sitzung vom 24. März 1912, welcher die Einordnung der jungliberalen Sonderorganisation in die Gesamtorganisation der Partei fordert. Diese unsere Stellungnahme ist frei von jeder persönlichen Spitze gegen Bassermann, hat gegen den Weiterbestand der Jugendvereine nicht das geringste einzuwenden, sondern bekämpft nur die Sonderspitze der Jugendorganisation innerhalb der Gesamtorganisation der Partei und die eigenen Parteitage als schädlich für die Gesamtpartei.“ — Damit war die von Dr. Gebhard beantragte Vertrauenskundgebung für Bassermann gefallen. Das war übrigens zu erwarten, denn die Lübecker Nationalliberalen sind in ihrer Mehrheit reaktionär bis auf die Knochen.

Die Luftflottensammelei, die bereits seit einiger Zeit in verschiedenen Städten und Gegenden Deutschlands mit großem Eifer betrieben wird, soll jetzt auch in Lübeck die Portemonnaies des Volkes erleichtern helfen. In der bürgerlichen Presse erschien gestern ein Aufruf, in dem zu Beiträgen für eine „Nationalflugspende aufgefordert wird. Was vorangegangen ist, kann man aus folgendem Schreiben ersehen:

Nationale Flugspende.
Geschäftsstelle: Berlin NW. 6,
Luisenstraße 33/34. Berlin, den 16. April 1912.

Unter dem Protektorat Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen und meinem Vorsitz ist ein Komitee in der Bildung begriffen, welches es sich zur Aufgabe gestellt hat, die in Deutschland vorhandenen Sammlungen und anderweiten Bestrebungen zugunsten des Flugwesens zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen „Nationale Flugspende“ zusammenzufassen. Das Komitee beabsichtigt, in allernächster Zeit mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu treten. Nachdem ich in dieser Frage mit dem Verbande der Zeitungsverleger bereits Fühlung genommen und mich deren Zustimmung versichert habe, beehre ich mich, auch die geehrte Redaktion um die Mitarbeit an dieser nationalen Aufgabe zu bitten.

Am Donnerstag, dem 18. April 1912, nachmittags 2 Uhr, findet eine Besprechung in dieser Angelegenheit im Reichstagsgebäude, Zimmer 1, Obergeschoß, Eingang Portal V, statt. Ich beehre mich, die Redaktion mit der Bitte einzuladen, sich bei der Besprechung vertreten zu lassen. Um die Wirkung des Aufrufs nicht zu beeinträchtigen, darf ich bis auf weiteres um vertrauliche Behandlung ergebenst ersuchen. Über das Ergebnis der Besprechung wird der Redaktion Mitteilung gemacht werden.

gez. Graf Posadowsky.

In diesem Zirkular wird allerdings nicht gesagt, daß man gerade darauf hinarbeitet, den Luftflottenkoller gewisser Hurrapatrioten zu befriedigen. Zwischen den Zeilen des Aufrufs für die „National-Flugspende“ ist das jedoch recht deutlich zu lesen. Solange unsere Patrioten bei dieser Sammelei unter sich bleiben, geht uns die Sache nicht viel an. Protest hätten wir zu erheben, wenn etwa mit dem bekannten sanften Druck in Schulen und Fabriken gesammelt werden sollte. Das deutsche Volk hat schon genug an den Lasten, die ihm die Rüstungen zu Wasser und zu Lande brachten, zu tragen — in wenigen Tagen werden infolge der gewaltigen Heeres- und Marinevermehrungen ungeheure Lasten hinzukommen — ich daß es wahrscheinlich wenig Lust haben wird, noch freiwillige Beiträge für den neuesten, den Luftrüstungskoller zu zahlen. Das deutsche Volk hat am 12. Januar wirklich deutlich genug zum Ausdruck gebracht, wie es über die Kriegshetzer und über die an diesen wahnwitzigen Rüstungen Millionen verdienenden Prozentpatrioten denkt. Und nun soll es wieder, um den Luftflotteninteressenten das einträgliche Geschäft fördern zu helfen, in den Beutel greifen. Warum greifen denn diese großen „Patrioten“ nicht in die eigene Tasche? Von den Unterzeichnern des Aufrufs gehören die meisten zu der beneidenswerten Klasse der Millionäre. Sie könnten aus ihrem Überfluß allein schon soviel, als für den nach ihrer Meinung erforderlichen Ausbau des Flugwesens notwendig ist, aufbringen. Nach den Angaben des „Lübecker General-Anzeigers“ sind jedoch erst insgesamt 400 000 Mk. zusammengebracht worden. Eine lächerlich geringe Summe im Verhältnis zu dem Riesenvermögen der Luftflottenschreier. Das Zahlen überlassen sie gern auch hier den anderen. Patriot sein heißt eben für viele solcher Leute auch in diesem Falle Profite und Ehren einheimsen, darüber hinaus wollen sie ihre Ruhe haben.

Gibt es Atemgift? Die Vervollkommnung der Ventilation ist das wichtigste Fragezeichen, das die Menschheit der Wissenschaft der Gesundheitspflege und der mit ihr verbündeten Technik vorzuhalten hat. Gut ventilierte Säle und Theater gehören immer noch zu den seltenen Ausnahmen, und der unwürdige Zustand, daß man sich einen künstlerischen Genuß durch körperliches Unbehagen erkaufen muß, ist leider die Regel. Oft bleibt es aber nicht dabei, sondern es kommt nur allzu häufig vor, daß jemand aus einem vollen Konzertsaal aus gesundheitlichen Rücksichten herausgehen, wenn nicht gar herausgeführt werden muß. Nicht immer ist es die Hitze allein, die eine derartige Wirkung hervorbringt, sondern auch eine wirkliche Verschlechterung der Luft. In der Vorstellung des Volks, soweit es sich mit dieser Frage beschäftigt, trifft man die Annahme, daß in solchen Fällen wirkliche Giftstoffe vorhanden sind, die von der Ausatmung herrühren, und wer etwas mehr darüber weiß, bezeichnet dies Gift in der Hauptsache als Kohlensäure. Wie dem nun auch sein mag, die Verderbnis der Luft ist jedenfalls vorhanden und beeinflußt das Befinden der Menschen um so ungünstiger, als die Wirkung von Hitze und vielleicht auch von Feuchtigkeit hinzutritt. Von größter Bedeutung ist aber jene Frage, ob irgendwelche besonderen Gifte in der ausgeatmeten Luft vorhanden sind. Darüber ist die Wissenschaft trotz vieler Versuche sich noch nicht einig geworden. Vielmehr haben die Bemühungen, einen derartigen Stoff von organischer oder anderer Zusammensetzung im Atem nachzuweisen, ganz widersprechende Ergebnisse gezeitigt. Nach einer Übersicht, die das Journal der Amerikanischen medizinischen Vereinigung dem heutigen Stand der Kenntnis über diesen Punkt widmet, werden zwei Arten der Untersuchung angewandt. Die eine besteht darin, daß man ein Tier dazu zwingt, die von einem andern Tier ausgeatmete Luft einzuatmen. Bei dem zweiten Verfahren wird die kondensierte Ausatmung als Impfstoff benutzt, um eine Giftwirkung festzustellen und ihren Verlauf zu beobachten. Es kommt aber hinzu, daß besonders nach Feststellung von Flügge und seiner Schule beim Sprechen, Husten und überhaupt jeder Art einer mehr angestrengten Atmung winzige Flüssigkeitsteilchen mit einem Gehalt an Bakterien in die umgebende Luft ausgespritzt werden. Daß dadurch die Möglichkeit einer Übertragung von Krankheiten gegeben ist, unterliegt keinem Zweifel, und die modernen Chirurgen tragen dieser Erkenntnis bei ihren Operationen, die den Ausschluß auch einer geringsten Verunreinigung der Wunde zur Voraussetzung ihres Gelingens haben, mit äußerster Peinlichkeit Rechnung. Die Versuche, die Gegenwart organischer Stoffe in der ausgeatmeten Luft durch Einimpfung des verdichteten Wasserdampfs auf Tiere nachzuweisen, sind besonders von Professor Rosenau gepflegt worden. Sie sind für den wissenschaftlichen Fortschritt bedeutsam, obgleich sie den Nachweis einer Giftwirkung auf diesem Wege nicht erbracht haben. Wenn also organische Stoffe im Atem vorhanden sind, brauchen sie noch nicht giftig zu sein. Erst kürzlich aber hat Weichardt bei einer Wiederholung der Versuche die Giftigkeit des ausgeatmeten Dampfes mit aller Entschiedenheit behauptet. Eine vollständige Klärung dieser wichtigen Frage ist also noch nicht erfolgt. Da aber die Möglichkeit einer Schwängerung der Luft mit Bakterien infolge der Ausatmung bestehen bleibt und bei der Ansammlung einer großen Anzahl von Menschen in einem Raum fast zur Gewißheit wird, so läßt sich in bestimmtem Umfang von der Giftigkeit der Atmung sprechen. Gegen diese würde freilich wohl auch die beste Ventilation ohnmächtig sein.

Frühling ist es nun doch noch geworden, trotz der Bockbeinigkeit, die der April in den letzten Wochen noch zeigte. Wie hätte es auch anders werden können? Es ist doch Naturgesetz, daß der Winter dem Frühling weicht, — so wie eben später wieder der Herbst dem Winter die Herrschaft abzutreten hat. Wenn wir nun hinauskommen in die schöne Natur, wenn wir mitten in ihr stehen und uns an ihrem Anblick weiden, — da werfen wir alles Steife von uns, sind Mensch und lassen uns als Mensch gehen. Und hinaus wollen wir gehen, hinaus in Wald und Feld, wohin uns nur immer die Natur lockt, wo sie uns neue Herrlichkeiten zu zeigen verspricht. Und dann wollen wir alles das mit unseren Augen in uns aufnehmen, wollen es still in unser Innerstes versenken, um uns dann zu Hause immer wieder daran zu ergötzen und so wahre Weihestunden zu verleben. Wenn es uns dann auch einmal trüb geht: die Erinnerung an das Erlebte, das Bewußtsein, daß es etwas Herrliches gibt, das uns immer wieder tröstet und alles wieder ausgleicht, das läßt uns solche trüben Stunden leichter überwinden. Am Ende ist ja doch alles Menschliche vergänglich, ist alles zu überwinden, so wie wir auch einmal von einem Stärkeren überwunden werden. Aber die Freude ist unvergänglich, sie ist das lebensstärkende Element des Menschen, dazu bestimmt, uns über alles hinwegzuhelfen. Wer wollte sie nicht mit vollen Händen greifen, wer nicht so viel von ihr erfassen, als man kann? Wohl niemand! Und da nun die wieder erwachende Natur die wahrste Freudenspenderin ist, so werden wir alle von ihr angezogen, herangelockt. Der Frühling ist da! Geht hinaus und ergötzt euch an seiner Schönheit!

Jetzt ist wieder die Zeit der Frösche. Wir legen für diese armen Wasserbewohner heute ein gutes Wort ein. Sündhaft ist es, lebenden Fröschen die Schenkel abzuschneiden oder gar auszureißen und die zappelnden Rümpfe dem langsamen Absterben zu überlassen, was leider meistens geschieht, trotzdem es als Tierquälerei strafbar ist, wenn die Tat angezeigt wird. Unbedingt notwendig ist es, die Frösche vor dem Abschneiden ihrer Beine zu töten, und zwar durch einen derben Schlag auf den Kopf. Empfehlenswert ist übrigens der Genuß von Froschschenkeln durchaus nicht; denn die Frösche sind fleißige Insektenvertilger, und je mehr Frösche vernichtet werden, desto üppiger gedeihen die lästigen kleinen Plagegeister des Sommers. Wenn die Frösche ebenso grenzenlos vermindert werden, wie jetzt die Vögel vermindert sind, dann haben die lästigen und schädlichen Insekten freie Herrschaft. Der Genuß von Froschschenkeln ist auch unappetitlich, vielleicht sogar gefährlich; denn die Frösche sind eine Herberge für vielerlei Parasiten. Nicht bloß in den Eingeweiden, in der Lunge, Leber und im Darmkanal des Frosches sind Tausende kleiner wurmartiger Geschöpfe, sondern auch in der Muskulatur der Frösche findet man trichinenähnliche Rundwürmer. Letztere werden nach der Zubereitung des feinen Gerichts mit verspeist. Man sollte auch in Betracht ziehen, daß bei der rohen Amputation der Schenkel, da häufig der Bauch und die Eingeweide zerrissen werden, etwas von den Parasiten-Kolonien und deren Eiern sich auf die Froschschenkel überträgt.

ph. **Erwischter Betrüger.** In letzter Zeit wurden mehrere hiesige Geschäftsleute dadurch geschädigt, daß bei ihnen Waren (Zigaretten, Schokolade, Bockwürste rc.) auf Grund eines gefälschten Bestellzettels geholt wurden. Nachdem es vor einigen Tagen gelungen ist, einen der in Betracht kommenden Betrüger festzunehmen, konnte am Sonnabend, dem 20. d. M., der zweite, ein Maler aus Alt-Thymen ermittelt und festgenommen werden. Die erschwindelten Waren sind an einen hiesigen Gastwirt verkauft worden.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Sonnabend waren folgende Resultate: Petitjean besiegt Hallmann nach interessantem Kampf in 15 Minuten durch Überwurf nach hinten. Weltmeister A. Sturm brauchte nur 5 Minuten um den Hamburger Winzer durch Hüftschwung zu besiegen. Der Türke Ali Oglui und der Breslauer Gotsch kämpften 20 Minuten unentschieden. Beim Entscheidungskampf Reglin-Lübeck gegen Gebhardt-Berlin siegte der erstere nach einer Gesamtzeit von 52 Minuten durch Kopfzug aus dem Stand. Sonntag abend konnte Reglin den Breslauer Gotsch nach 14 Minuten durch Untergriff von vorn besiegen. Callon brauchte 8 Minuten, um Frachet (Elsaß) auf beide Schultern zu werfen. Nach 20 Minuten wurde der Kampf zwischen dem Russen Mamutow und Schwarz unentschieden abgebrochen. Zum Schluß besiegte Sturm den Hannoveraner Petitjean in 18 Minuten durch Zwiegriff auf dem Stand. Heute Montag findet ein freier amerikanischer Ringkampf zwischen Reglin und Gebhardt statt. Ferner ringen vorher: Hallmann gegen v. Andree, Sturm gegen Richelsdorf, Callon gegen Schwarz. Dienstag ringen v. Andree gegen Petitjean, Frachet gegen Hallmann, Entscheidungskampf Mamutow gegen Schwarz und Entscheidungskampf Gotsch gegen Ali Oglui.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Dienstag abend kommt Shaws geistreiche Komödie „Der Arzt am Scheideweg“ zur Wiederholung. Am Freitag, den 26. d. Mts., geht Marschners große romantische Meisteroper „Hans Heiling“, vollständig neu einstudiert, in Szene. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Carl Pfeiffer und die Inszenierung leitet Oberregisseur Hermann Beyer. Die Titelpartie singt Arnold Langefeld. In den übrigen Hauptpartien sind beschäftigt: Die Damen Ella Kruse-Tiburtius, Tilly Jansen und Valerie v. Neuendorff. Die Herren Willy Kollwitz, Richard v. Schenck und Heinr. Schorn.

Hamburg. Friede im Hamburger Hafen. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hatte zum Sonntag vormittag eine Mitgliederversammlung der Sektion Schauerleute nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, um einen Bericht über die Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen entgegenzunehmen. Nach einstündiger Verhandlung wurde mit 968 gegen 304 Stimmen der in den Vorverhandlungen vereinbarte Lohntarif angenommen. Dadurch ist der Friede im Hamburger Hafen auf drei Jahre gesichert.

Hamburg. Die Hamburger „Produktion“ als Gutsbesitzer. Von Zeit zu Zeit kommt mehr oder minder dürftige Kunde aus England über die Erfahrung, die die englischen Konsumvereine mit eigenen landwirtschaftlichen Betrieben gemacht haben. Neuerdings hat nun auch ein deutscher Verein ein großes Gut erworben. Der Hamburger Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ hat in Mecklenburg das Erbpachtgut Schwanheide, das an der Bahnlinie Berlin-Hamburg liegt, erworben. Das Gut ist 1600 Morgen groß, vorzüglich arrondiert, und hat 1150 Morgen Acker, 350 Morgen Weiden und Wiesen, 70 Morgen Wald und 30 Morgen Moor. Gebaut werden Roggen, Hafer und Kartoffeln. Der Viehbestand umfaßt gegenwärtig 11 Pferde, 90 Rinder (einschließlich Jungvieh) und 100 Schafe (einschließlich Lämmer). Der Kaufpreis beträgt 850 000 Mk. Außer dem Gut ist für 56 000 Mk. eine Molkerei erworben worden, sie ist ganz neu eingerichtet. Für neun Jahre sind eine Reihe Landwirte durch Verträge zur Lieferung der Milch von 250 Kühen verpflichtet. Auf dem Hofe selbst wird die Haltung von Kühen ausgedehnt werden. Ferner ist noch die Möglichkeit gegeben, weitere Landwirte zur Milchlieferung zu bewegen. Die Bewirtschaftung des Gutes wird zunächst in der bisher üblichen Weise erfolgen, doch wird allmählich auf Milchproduktion und Schweinezucht und -mast besonderer Wert gelegt werden. 147 000 Liter Brennspiritus, die im Jahr auf dem Gute hergestellt werden können, müssen vorläufig noch an die Spirituszentrale geliefert werden, da die Verträge mit dieser natürlich auch für den Nachfolger des bisherigen Besitzers bindend sind. Später wird die „Produktion“ jedoch den Spiritus an ihre eigenen Mitglieder absetzen, die bereits jetzt 80 000 Liter Brennspiritus im Jahre verbrauchen. Das ganze ist selbstverständlich ein Versuch, aber ein Versuch, der außerordentlich sorgfältig vorbereitet wurde, und von dem man nicht nur erhoffen, sondern auch erwarten darf, daß er für die Genossenschaftsbewegung von großer Bedeutung sein wird.

Kuxhaven. In den Grund gebohrt. Das deutsche Segelschiff „Elsabe“ wurde von einem unbekannten Dampfer in der Elbmündung in den Grund gebohrt. Die Mannschaft wurde vom 4. Feuerschiff gerettet.

Nordenham. Zweierlei Recht in Oldenburg. In Nordenham im Großherzogtum Oldenburg reichte unser Vertrauensmann bei dem Großherzoglichen Amt ein Gesuch ein, in dem um die Erlaubnis zur Abhaltung eines Tanzkränzchens am 1. Mai gebeten wurde. Nach einigen Tagen erhielt er folgenden Bescheid:

„Die erbetene Erlaubnis zur Veranstaltung einer Tanzbelustigung am 1. Mai d. J. kann nicht erteilt werden, da öffentliche Bälle — Volksbälle und Vereinsbälle mit Zulassung von Nichtmitgliedern — regelmäßig nur an Sonntagen, sowie am Neujahrstag, Ostermontag, zweiten Weihnachtstag und Erntefest zugelassen werden. Ein Grund, von dieser Regel eine Ausnahme zu machen, liegt nicht vor.

Zeidler.“

Natürlich wird in dem angeblich liberal regierten Oldenburg nur Sozialdemokraten gegenüber in dieser Weise verfahren; am 10. April erst hatte ein Gesangverein am selben Ort die Erlaubnis zur Abhaltung eines gleichen Vergnügens erhalten, und im benachbarten Einswarden ist dem dortigen Feuerwehrverein gleichfalls bereits die Erlaubnis zu einer ähnlichen Veranstaltung erteilt worden. Dabei hat unser Verein in all den Jahren sich nicht das geringste zuschulden kommen lassen. Bekanntlich ist ja auch für dieses Jahr der im Vorjahr genehmigte Maiumzug in Rüstringen verboten worden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Eimerbier

von nun an jeden
Dienstag v. 4—9 Uhr nachmittags,
Mittwoch v. 7—12 Uhr vormittags,
Freitag von 4—9 Uhr nachmittags,
Sonnabend v. 7—12 Uhr vormittags.

Brauerei Adolf Osbahr.
Inh.: **Fr. Kropf.**

Pflanz- u. Speisekartoffeln,

Magnum bonum, gelbe lange, französische und Rosenkartoffeln.
Sämtliche Sämereien.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. Tel. 1440.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Klar wie die Sonne

und besser wie aus Frucht gekocht wird ein Gelee von
Liebigs Gelee-Extrakt.
Vorteilhafteste Herstellung, nur mit Wasser und Zucker aufzukochen. Vorgezogen wird überall nur **„Liebigs“** Marke **Bäckerjunge.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.

E. H. Nr. 3.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 23. April 1912
abends 9 Uhr
im **„Gewerkschaftshaus“,**
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung. 2. Wahlen.

Die Lokalverwaltung.

Meinen werten Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage das

Lichtspiel-Restaurant, Fünfhausen

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll
Wilh. Neß.

Leichtverdauliche, wohlschmeckende Nahrung für Säuglinge und ältere Kinder
Poehls Kindermehl Krankenkost
Hervorragend bewährt b. Magen- u. Darmerkrankungen Erwachsener

Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung

am Dienstag, dem 23. April
abends 8¼ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung und Bericht vom 1. Quartal.
2. Stellung von Anträgen zum Verbandstage.
3. Maifeier.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Die Maifestzeitung für 1912

ist soeben erschienen und durch unsere Zeitungsausträger zu beziehen.

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur und Kunst
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Floericke, Kriechtiere u. Lurche fremder Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

HANSA THEATER
Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610

Um den Preis von **6000 Mk.** ringen Dienstag:

P. van Andree (Champ. von Holland) gegen **Petitjean** (Meisterringer von Hannover)
Frachét (Elsaß-Lothringen) gegen **Hallmann** (Berlin)

Entscheidungskampf:

Mamutow (stärkster Ringer v. Rußland) gegen **M. Schwarz** (Meister von Norddeutschland)

Entscheidungskampf:

Goksch (Breslau) gegen **Ali Oglui** (Kurdestan)

Vorher das **Variété-Programm.** Anfang 8½ Uhr.

Deutscher
Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Als Delegierte zum Verbandstag in Breslau sind gewählt die Kollegen **J. Steiling, Karl Möller** und **J. Ressöhr.** Ersatzmann ist Kollege **H. Fedder.**

Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Die Mitglieder-Versammlung am Dienstag fällt umständehalber aus

Die Ortsverwaltung.

UNIVERSUM

Variété und Kabarett.
Heute 8¼ Uhr:
Neues Programm.
Nur noch kurze Zeit:
Unsere Ulanen.
(Entree 20 Pfg.)

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 24. April
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
Vorletztes
30. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Richard-Wagner-Abend.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 23. April 1912.
Voll-Ab. 182. Dienstag-Ab. 30.
Der Arzt am Scheideweg.
Komödie von Bernard Shaw.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.
Mittwoch, den 24. April 1912.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Der Mikado.
Komische Operette von Sullivan.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Festspiele
am 7., 9., 11., 13. Mai 1912.

Stadthallentheater.

Dienstag, den 23. April 1912.
Boccaccio.
Komische Operette von Suppe.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Rob.** Kohlmarkt 13.

Beim Einkauf von Margarine fordern nur die ersten Marken
„Siegerin“
„Palmalo“
„Mohra“

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint dreimal wöchentlich

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei
Wilh. Krabo, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Westloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Hansastr. 7. Tel. 1090.
L. Herzberg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
G. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 199. Lager fertiger Särge.
L. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
M. Faasch Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lehtorf, Warendorpstr. 20.
Fünfhausen 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96 Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermüller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Harkwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwärk“, Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Fischmarkt, Petzerstr. 1a.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Allstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Päten, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
E. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moislinger Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei für die Amme Lübecks allein zu haben von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 94. Montag, den 22. April 1912. 19. Jahrg.

Der persische Knoten.

Der politische Wetterwinkel im nahen Orient hält andauernd die öffentliche Aufmerksamkeit Europas in Atem. Einerseits der italienische Raubkrieg gegen die Türkei, andererseits das aggressive Vorgehen Rußlands in Vorderasien haben eine Situation geschaffen, die die gesamte Orientfrage aufzurollen droht. Die persische Frage erscheint hier eng verknüpft mit der türkischen und die Konsequenzen des seit langer Hand vorbereiteten russischen Raubüberfalles auf Persien treten deutlich zutage in den eigenartigen „Friedensvermittelungen" der zarischen Diplomatie zwischen der Türkei und Italien. Um das ganze Raffinement der russischen „Friedensaktion" zu verstehen, ist es notwendig, die wichtigsten Momente des jüngsten Vorgehens Rußlands und Englands gegen Persien, das seit der Unterwerfung der Teheraner Regierung als formell abgeschlossen gilt, kurz zusammenzufassen.

Zwei Veröffentlichungen der englischen und der russischen Regierung ermöglichen es, die jüngste Phase der Knebelung Persiens an der Hand offizieller diplomatischer Kundgebungen zu schildern. Vor einigen Tagen veröffentlichte die englische Regierung ein Blaubuch über Persien, und fast zu gleicher Zeit brachte das offizielle russische „Informationsbureau" eine längere Erklärung des Ministeriums des Auswärtigen, welches an der Hand diplomatischer Berichte gleichsam das Fazit der russischen Politik in Persien zieht. Das englische Blaubuch, das sich leider nur mit den Ereignissen vom 2. Oktober bis 11. Dezember 1911 beschäftigt und sehr bedenkliche Lücken aufweist, bestärkt die Anschauung, daß die beiden Ententemächte ein abgekartetes Spiel mit dem unglücklichen Persien getrieben haben. Als die russische Regierung den Streit wegen der Konfiskation des Landgutes des Hochverräters Schua-es-Saltaneh vom Zaune brach und darauf ein Ultimatum an Persien stellte, riet Sir Edward Grey zur „Vorsicht", da „große Dinge auf dem Spiele ständen." Das hinderte ihn indessen nicht, die Städte Schiras und Ispahan in der neutralen Zone besetzen zu lassen, noch bevor die russischen Truppen in Nordpersien eingerückt waren. Allerdings protestierte er, als die russischen Horden auch Teheran nehmen wollten, gegen die russische Okkupation, da er die Rückwirkung dieses Ereignisses auf Indien fürchtete. Diese beiden Momente zeigen den Charakter der jetzigen persischen Politik Englands: Persien darf nicht aufgeteilt werden, es muß aber zugleich im Zustande fortwährender Anarchie und Fäulnis erhalten werden, damit die dominierende Rolle Rußlands und Englands im Iran unangetastet bleibt.

Die russische offizielle Kundgebung ergänzt dieses Bild, indem sie — wohl wider ihren Willen — die Geheimgeschichte des jüngsten russischen Vorgehens gegen Persien preisgibt. Bekanntlich wurde diese Aktion im Juli 1911 eingeleitet durch die plötzliche Landung des vertriebenen Schahs Mohammed Ali in einem persischen Hafen am Kaspischen Meer. Er war „inkognito" durch ganz Rußland gereist, hatte „unbemerkt" große Waffenladungen nach Persien expediert — so wenigstens behaupteten die russischen Offiziösen, ohne sich durch das homerische Gelächter Europas beirren zu lassen. Da aber der erwartete Zulauf der konterrevolutionären Elemente ausblieb, und die russischen Silberrubel nicht ausreichten, um einen Aufstand zugunsten des Exschahs zu organisieren, kam die russische Regierung ihm mit ihrem Ultimatum und den kaukasischen Truppen zu Hilfe. Im Rücken der russischen Truppen, die angeblich die „Ruhe" und „Ordnung" in Persien herstellen wollten, rückte Mohammed Ali mit seinen wilden Turkmenen gegen Teheran vor. Die Spekulation der russischen Diplomatie scheiterte aber an der Rivalität Englands, das in der Wiedereinsetzung des früheren Schahs, eines fügsamen Werkzeuges Rußlands, eine Beeinträchtigung seiner Interessen erblickte. „Es gäbe für den Frieden und die Ordnung in Persien und für das Vertrauen zu Rußland nichts Verderblicheres als die Wiederkehr des früheren Schahs nach Teheran", schrieb die „Times", und der Vertreter der Regierung, Lord Morley, erklärte am 24. November im Oberhause: „Wir haben der russischen Regierung mitgeteilt, daß es uns unter keinen Umständen möglich sein würde, den früheren Schah anzuerkennen." Der russische Minister des Auswärtigen trug dieser Stimmung Englands Rechnung, er vermied es aber, sich klipp und klar gegen Mohammed Ali auszusprechen und förderte nach wie vor sein Unternehmen, um einen weiteren Trumpf gegen England in Händen zu haben. Erst als eine Einigung erzielt war und die Teheraner Regierung sich vor der englisch-russischen Gewalt duckte, ließ auch Herr Sasonow den Exschah fallen, der schon auf den „Rat" seiner diplomatischen Gönner, die ihm ein Schmerzensgeld in Form einer Jahresrente aus den Taschen des persischen Volkes erwirkten, den Schauplatz seiner reaktionären Anschläge verließ.

Die geschilderten Tatsachen, deren Zusammenhang in der sozialistischen Presse ungeschminkt wiedergegeben wurde, haben nun die offizielle Bestätigung gefunden in der obenerwähnten Kundgebung des russischen „Informations-Bureaus." In diesem Bericht wehrt sich das Ministerium des Auswärtigen gegen die fortgesetzten Angriffe der halboffiziösen „Nowoje Wremja", die, im Einvernehmen mit den expansionslüsternen Kreisen der Großbourgeoisie und des Junkertums und in direktem Auftrag einer gegen den Minister intrigierenden Bureaukratenclique, Herrn Sasonow aus der persischen Frage einen Strick zu drehen sucht. In diesem Bericht wird nun folgendes Telegramm des russischen Konsuls in Astrabad (des damaligen Hauptquartiers des Exschahs) zitiert: „4. Dezember 1911. Hier wird alles nur durch die Hoffnung auf die heimliche Hilfe Rußlands zusammengehalten. Die Turkmenen sind stets bereit den Schah zu verlassen und können sogar sein Leben bedrohen. Der Schah kann aber ohne die Turkmenen nicht auskommen, da sie seine beste Stütze sind." Im Telegramm vom 8. Januar 1912 heißt es: „Infolge starken Geldmangels hat der Schah zu äußersten Mitteln gegriffen, indem er alle und jeden mit Steuern und Strafen belegt und seine Gegner henkt. . . . Um die Turkmenen und Kaukasier im Zaume zu halten, ist die Anwesenheit unseres Detachements notwendig." Aus diesen und ähnlichen Berichten zieht das russische diplomatische Ressort den Schluß, daß es unbedingt notwendig gewesen sei, den Exschah fallen zu lassen. Die öffentliche Meinung der Kulturwelt zieht aber daraus noch den Schluß, daß die russische „Strafexpedition" nach Persien, mit ihren Exekutionen, Brandschatzungen und Hinrichtungen, eingestandenermaßen von der russischen Diplomatie provoziert worden ist. Dieses Werk des russischen diplomatischen Ressorts reiht sich den ruhmreichen Henkertaten des Kosakenobersten Lsachow, der im Einvernehmen mit dem Teheraner Gesandten Hartwig das persische Parlament bombardierte, würdig an.

Welchen Gewinn trug die russische Diplomatie bei diesem Handel davon? Auf den ersten Blick scheint es, als habe sie fast auf der ganzen Linie vor England zurückweichen müssen. In Wirklichkeit jedoch hat sie nicht nur ihren Einfluß in Persien gewaltig gestärkt, sondern auch die strategische Stellung Rußlands in Vorderasien befestigt. Die Furcht, Rußland auf die Seite Deutschlands zu treiben, zwingt England zu immer weiterem Nachgeben in der persischen Frage. So hat denn auch Sir Edward Grey in seiner Rede im Unterhause am 22. Februar d. J. erklärt, daß England die Interessen Rußlands im Urmiagebiete vom strategischen Standpunkte als unbedingt berechtigt anerkenne. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der ganzen Politik Rußlands in Vorderasien. Wegen des Urmiagebiets, des schmalen Hinterlandes der russisch-persischen und der türkisch-persischen Grenze, besteht gegenwärtig ein heftiger Konflikt zwischen Rußland und der Türkei. Das strittige Gebiet gehört eigentlich zu Persien. Da aber Rußland sich schon jetzt als der Herr Persiens betrachtet, hat es die Grenzstreitigkeiten zwischen Persien und der Türkei, die vom Jahre 1847 datieren, als Anlaß genommen — die bedrohten Rechte Persiens vor den Angriffen der Türkei zu schützen! Das Urmiagebiet ist für Rußland wichtig, weil es den Schlüssel für die strategische Stellung Rußlands in Transkaukasien bildet. Andererseits kann die Türkei nicht müßig zusehen, daß Rußland durch die Besetzung dieses Gebietes und der anliegenden persischen Provinzen ihrer Verteidigungslinie in Kleinasien in den Rücken fällt. Sie zieht in dem Grenzgebiete ihre Truppen zusammen, während die russische Regierung mit fieberhafter Hast Straßen und Brücken im Urmiagebiet anlegt, neue Besatzungen dorthin wirft und gewaltige Truppenmengen an der kaukasischen Grenze ansammelt. Die Bevölkerung von Urmia hat sich bereits, wie vor kurzem die mongolischen Fürsten, mit „Bittgesuchen" an den Zaren gewendet, sie in den russischen Untertanenverband aufzunehmen. Soweit entspricht alles den gewohnten Okkupationsmethoden, die Rußland seit jeher im Osten anwendet. Sein charakteristisches Gepräge erhält das Vorgehen im Urmiagebiet erst infolge des türkisch-italienischen Krieges. Die russische Aktion gegen Persien nahm erst nach Ausbruch dieses Krieges einen intensiven Charakter an. Der vom Zaune gebrochene Konflikt mit Persien war nur der Vorwand, um in Aserbeidschan einzumarschieren, Urmia zu besetzen und gegen die Türkei Front zu machen. Es galt für die russischen Eroberungspolitiker, die schwierige Lage der Türkei auszunutzen, um „Kompensationen" herauszuschlagen. Nicht umsonst kokettiert nun die Zarenregierung mit Italien, und nicht grundlos ist die Furcht, die man in der Türkei vor der plötzlichen „Friedensliebe" des Zaren empfindet. „Man bringt nicht" — äußerte sich der türkische Kriegsminister — „100 000 Mann auf die Beine, um nur zu bluffen". Mit richtigem Instinkt wittern die Türken in der „friedliebenden" russischen Regierung den Wolf im Schafspelz, der den persischen Knoten geschürzt hat, um sich auf eine noch verlockendere Beute zu stürzen.

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Bei der Ankunft wurde ich von meinen alten Eltern zärtlich empfangen. Eine süße Erinnerung an die frühere Sorge um das Kind, welches ja jetzt ein großes Frauenzimmer geworden, rührte Vater und Mutter, und sie suchten in den ersten Tagen das Kind von ehemals in meinen Worten, in meinen Blicken, in meinen geringsten häuslichen Verrichtungen. Aber je mehr sie sich beruhigten und ihre täglichen Gewohnheiten wieder aufnahmen, bemerkte ich wohl, daß sie mich nicht wiederfanden, und auch meinerseits wurde die Kluft immer größer. Wer hat sich verändert, sie oder ich?

Mein Vater ist Zimmermann, und ist trotz seines hohen Alters gezwungen zu arbeiten um zu leben. Er verfertigt jene Häuser mit Birkendächern, welche im Winter unter der Last des Schnees erzittern; er macht auch die Särge für die ganze Gemeinde, ohne jedoch in der Erfüllung dieser traurigen Pflicht einen frommen Gedanken zu finden. Er singt vielmehr rohe Lieder und verliert sich ganz in jenen traurigen Zerstreuungen, welche die Frauen zum Weinen bringen. Immer steht eine große gelbe Flasche in den Spänen unter seiner Hobelbank. Anfangs hat sich meine Mutter darüber beklagt, hat ihn angefleht, doch von den rohen Händen zurückgestoßen, beugte sie sich unter den Beschimpfungen und den Schlägen, und so hat sich das Gift auch in ihr Herz eingeschlichen und dort den göttlichen Funken ausgelöscht. Sie ist keine Frau, keine Mutter mehr; sie ist eine Sklavin ohne Würde.

Ich weiß, daß ich Sie durch diese Bekenntnisse verletze, und daß Sie meinen Scharfblick gottlos finden werden. Ich habe es Ihnen aber schon oft gesagt, Eline, über die Erde bin ich hinaus, bin ein zweites Mal in Gott geboren und stolz darauf, jedes menschliche Gefühl verloren zu haben. Lassen Sie sich den Ausgang dieses häuslichen Dramas erzählen: Gestern früh, als ich mich in meinem kleinen Zimmer eingeschlossen hatte, — eine Art Klosterzelle mit hölzernen Möbeln, — wohin ich mich zu jeder Tageszeit flüchte, um zu beten, stille Andachten zu halten, um zu schreiben, um zu knieen, o Jesus, vor Deinem Kreuze, welches der Führer der Seelen ist, hörte ich wie mein Vater (die Holzwände sind so dünn) in rohem Tone meine Mutter fragte, wozu ich eigentlich zu ihnen gekommen sei, da ich weder nähen, noch spinnen, noch in der Wirtschaft helfen wollte. Er schrie: „geh' sag es ihr . . . geh' sag' es ihr."

Einen Augenblick später ist meine Mutter leise heraufgekommen, machte sich um mich herum mit ihrer ewig verlegenen Miene zu schaffen und schalt mich sanft aus, daß ich nicht arbeiten wolle.

Meine Schwestern wären verheiratet, sagte sie; die Jüngste sei im Dienste in Christiania, und mache es noch möglich, den Eltern eine kleine Unterstützung zu geben.

Meine Gesundheit hätte sich gekräftigt, und da müsse ich doch versuchen zu — — oder aber — Ich ließ sie nicht aussprechen. Ich nahm das alte Gesicht, dessen Küsse einst meinem blonden Kopf so süß schienen, zwischen meine Hände und lange benetzte ich es mit meinen Tränen, den letzten!

Und jetzt, wo soll ich hin, da die Meinigen mich nicht mehr haben wollen? Ich hätte doch so wenig gebraucht, um nicht zu sterben! Man bietet mir eine Stelle in St. Petersburg an. Noch eine Kinderdressur, das heißt Erniedrigung, Sklaverei. Aber was tuts? Dieser unglückliche Versuch eines Familienlebens hat mich davon überzeugt, daß die Welt für mich tot ist, die Familie, wie alles übrige. Mein Herz schließt sich gegen die Welt ab, Eline, und keine menschliche Regung wird es jemals durchdringen . ."

Eline erhielt diesen Brief von Henriette Briß eines Abends, als sie aus Port-des-Heils heimkehrte. Sie las denselben an dem gedeckten Tische, mit den beiden sich gegenüber liegenden Bestecken, mit dem kleinen Blumenstrauß, welchen Frau Ebsen nie in das Glas ihres Lieblings zu dieser gemeinschaftlichen Mahlzeit zu stellen versäumte, die für sie ein täglich wiederkehrendes Fest war, und, indem sie auf die Mutter wartete, saß sie regungslos da und vergaß sogar ihre Handschuhe und ihren Hut abzulegen, sie starrte noch immer in den geöffneten Brief, der zu ihr von demselben Gedanken an den Tod, von derselben Entsagung, von demselben Aufgehen in Gott sprach, kurz von alledem, was man ihr dort drüben gepredigt hatte, Gedanken, die in beiden Religionen dieselben waren, nur in den Worten verschieden. Welches Verhängnis, daß diese entmutigte Stimme der Henriette Briß sich zu den Reden der Johanna Autheman gesellte, und gerade in dem Augenblicke, wo sie innerlich schon so stark mit sich kämpfte.

Eine Tür öffnete sich. Ihre Mutter kam zurück. Sie verbarg den Brief schnell in der Tasche, wohl wissend, was Frau Ebsen darüber denken würde. Warum streiten, wenn man sich nicht verständigen kann? Wie sollte sie es eingestehen, daß sie ohne leider „über die Erde hinaus zu sein, jetzt dennoch begriff, daß es eine höhere, dem Himmel nähere Pflicht gibt, als die der Familie, und daß sie sich gegen derartige Lästerungen nicht mehr empörte? „Da bist Du Lina? — Wie bist Du denn herein gekommen? Ich war unten bei Sylvanire — — — Bist Du schon lange hier? aber so lege doch ab!" —

Eline schien müde und ermattet zu sein, wie jedesmal, wenn sie von Port-des-Heils kam; sie nahm ihren Hut so nachlässig ab, ohne auch nur einen Blick in den Spiegel zu werfen, um zu sehen, ob ihr Haar nicht in Unordnung geraten sei, und bei Tische aß sie so wenig, war so zerstreut, und antwortete kaum auf die zärtliche Zusprache ihrer Mutter, daß diese besorgt zu werden anfing.

Wie immer im Sommer, speisten sie bei nach dem Garten geöffnetem Fenster, und man hörte Rufen und Lachen zwischen dem bunten Gezwitscher, mit dem die Vögel von der untergehenden Sonne gewissermaßen Abschied nahmen."

Siehe da! Herr Aussandon hat heute seine Enkel bei sich. Das ist ermüdend für den armen Mann. — — Frau Aussandon ist verreist. — — Es scheint, daß der Major sich nun bald verheiraten wird."

Diese Heirat war eine Erfindung der guten Frau; es war ein Mittel, um zu erfahren, ob Eline nicht doch, ganz zufällig, noch ein wenig Liebe im Grunde ihres Herzens behalten hatte. Sie war seit einigen Tagen so kalt gegen Lorie. Aber Eline antwortete auf den forschenden Blick der Frau Ebsen mit einem ganz gleichgültigen „Ah!" Nein, das war es also nicht.

Aber Frau Ebsen beunruhigte sich noch mehr. Sie betrachtete genau die schönen Augen, die jetzt von bläulichen Ringen umgeben waren, das Gesicht, welches sich unter dem Kinne fast zuspitzte und die frische, jugendliche Rundung verloren hatte. Ohne Zweifel ging mit ihrem Kinde etwas Außergewöhnliches vor. Sie versuchte Eline über die Tage, welche sie in Port-des-Heils verlebte, über die Unterrichts- und Erholungsstunden auszufragen.

„Also, die Schule liegt ganz nahe bei dem Schlosse, und Du gehst immer nur von der einen nach dem andern? — — Aber auf diese Weise hast Du ja gar keine Bewegung, mein Liebling. — — — Das ist auch zu anstrengend, fünf Schulstunden, ohne sich zu rühren. — — — Du hast aber doch wenigstens Maurice bei der Schleuse besucht?"

Nein sie war nicht dort gewesen. Und Frau Ebsen erging sich in mitleidsvollen Klagen über den armen Jungen, welcher nun ein wenig verlassen würde — inmitten der

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 20. April 1912.

42. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag der Reichspartei, der aus Anlaß des Unglücks der „Titanic" Erhebungen wünscht, ob auf den deutschen Seeschiffen alle Sicherheitsmaßnahmen für die Passagiere und Mannschaften getroffen sind.

Dr. Arendt (Rp.) begründet den Antrag und wünscht, daß man zu internationalen Vereinbarungen über die zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen kommen möge.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Gewiß sind alle, die es angeht, verpflichtet, ihre Lehre aus der Katastrophe der „Titanic" zu ziehen, doch halte ich es nicht für angezeigt, heute von dieser Stelle aus öffentlich in eine materielle Erörterung der Frage einzutreten. (Lebh. Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.) Denn die Erörterung ist nicht möglich ohne eine Kritik von Vorgängen, die uns noch garnicht bekannt sind. Eine Revision unserer Vorschriften habe ich bereits in die Wege geleitet. Anregungen auf eine internationale Regelung wird das Reich gern Folge leisten. Alles, was der Abgeordnete Arendt wünscht, ist also von der Regierung bereits veranlaßt. Es müßte eine schlechte Regierung sein, die sich an so selbstverständliche Pflichten erst von der Volksvertretung erinnern ließe. (Lebhaftes Bravo!)

Haase (Soz. [zur Geschäftsordnung]): Mit Rücksicht auf die Erklärung des Staatssekretärs beantrage ich den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Dr. Arendt (Rp. [zur Geschäftsordnung]): Durch die Erklärung des Staatssekretärs bin ich vollauf befriedigt und ziehe den Antrag zurück (gr. Htkt. links).

Es folgt die erste Beratung des von Abgeordneten aller Parteien außer der Reichspartei beantragten Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Änderung des Strafgesetzbuches (Antrag Wellstein), durch welchen der Schutz von Minderjährigen, sowie von gebrechlichen und kranken Personen ausgedehnt wird und die Strafen für Entwendung und Unterschlagung geringwertiger Gegenstände herabgesetzt werden.

Der Antragsteller verzichtet auf das Wort.

Dr. Arendt (Rp.): Der Antrag darf keineswegs ohne gründliche Erörterung kurzerhand angenommen werden. Er enthält ja aus der früheren Regierungsvorlage nur das, was der Linken angenehm ist. Andere ebenso revisionsbedürftige Punkte des Strafgesetzbuches werden dadurch in den Hintergrund gestellt. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Dr. Wellstein (Z.): Auf eine Begründung des Antrages habe ich verzichtet, denn wir meinen, nach Inhalt und Begründung ist er dem Reichstag genau bekannt. Deshalb widersprechen wir auch der Überweisung an eine Kommission. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt und dann die Vorlage in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Fuchs (SD.): Die Eisenbahn soll ein Verkehrsinstitut sein, nicht der Plusmacherei dienen. Die Wagen 4. Klasse sind eher Viehwagen als Wagen zur Beförderung von Menschen. In dem benachbarten Baden sind sie abgeschafft, im Reichsland bestehen sie weiter. Die ungeheuren Überschüsse der Eisenbahnen müßten es ermöglichen, eine bessere Fürsorge auch für Arbeiter und Angestellte in die Wege zu leiten. Davon ist aber nichts zu merken. Es herrscht ein ungeheures Antreibesystem, die Arbeitszeit reicht bis zu 16 Stunden, 10stündige Arbeitszeit soll die Regel sein, aber ein Viertel der Arbeiter haben noch 11- bis 12stündige Arbeitszeit. Die Löhne sind niedriger als in allen anderen süddeutschen Staaten. Aber darüber ist zu klagen, daß der Höchstsatz des Lohnes erst nach so langer Zeit erreicht wird, daß viele garnicht dazu kommen. Im Jahre 1910 wurden Löhne von 2,40 Mk., 2,45 Mk. und 2,50 Mk. bezahlt. (Hört, hört!) Im Jahre 1911 ist eine Aufbesserung eingetreten, aber nur auf 2,60 Mk. Solcher Lohn ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Hungerlohn. (Sehr richtig! bei den Soz.) 27½ Prozent aller Arbeiter haben noch weniger als 3 Mk. Lohn, 42 Prozent zwischen 3 und 4 Mk., und auch ein Lohn von 4 Mk. reicht zur Fristung eines menschenwürdigen Lebens nicht aus. Den Arbeitern gegenüber bestreitet die Verwaltung sehr häufig das Vorhandensein einer Teuerung, in der Besoldungsvorlage für die Beamten trägt die reichsländische Regierung selbst Material zum Beweise der Teuerung zusammen. Sehr entschieden muß ich mich auch gegen das in den Eisenbahnwerkstätten übliche Akkordsystem wenden. Akkordarbeit ist Mordarbeit. (Sehr wahr bei den Soz.) Wo die Gewerkschaften regulierend eingreifen, werden in der Privatindustrie für die Überstunden Zuschläge bezahlt, der Eisenbahnminister tut so, als wenn schon die Bezahlung des einfachen Lohnes eine Wohltat für die Arbeiter ist. Seit Jahren fordern die Arbeiter die Bezahlung des Lohnes an gesetzlichen Wochenfeiertagen. Nicht einmal diese bescheidene Forderung wird erfüllt. Die gesundheitlichen Verhältnisse lassen außerordentlich viel zu wünschen übrig. In der Polsterei und Sattlerei in Bischeim fehlt es an Entlüftungsvorrichtungen, und Ähnliches wird aus Mühlhausen berichtet. Würden die Betriebe der Gewerbeinspektion unterliegen, so würden die Herren von der Verwaltung manchmal ihr blaues Wunder erleben. Lungenerkrankungen sind infolge dieser Zustände sehr häufig. In den Betriebskrankenkassen ist das System der Vertrauensärzte eingeführt, und man zwingt die Arbeiter, von Straßburg nach Kolmar zu dem Obervertrauensarzt zu fahren, ohne sie für den Zeitverlust zu entschädigen. Das ist auf das entschiedenste zu verwerfen. Bezüglich der Behandlung der Arbeiter erinnere ich an den schon im vorigen Jahre angeführten Fall des Obmanns Wiedemann in Straßburg, der meinte, wegen Diebstahls sei ein Mann geringer zu verurteilen, als für das Lesen einer sozialdemokratischen Zeitung. Was ist aus der zugesagten Untersuchung geworden? Die Arbeiterausschüsse, die doch die Interessen der Arbeiter vertreten sollten, dienen lediglich zur Dekoration. Warum soll übrigens das passive Wahlrecht für sie nicht auf 25 Jahre herabgesetzt werden. Mit 25 Jahren kann man ja auch in den Reichstag gewählt werden. Als in Bischeim die Mitglieder des Arbeiterausschusses ihre Ämter niederlegten, weil alle ihre Wünsche unbeachtet blieben, wurde nicht etwa eine Neuwahl angeordnet, sondern die Verwaltung berief die bei der letzten Wahl unterlegenen Kandidaten, ihre Lieblinge, die nur 4 oder 5 Stimmen erhalten hatten, als neuen Ausschuß ein. (Zuruf b. d. Soz.: Das nennt man freie Wahl!) Wie die Verwaltung die Kräfte der Angestellten bis aufs äußerste ausnutzt, zeigt die Anstellung eines alten Packmeisters als Haltestellenverwalter. Bei 18½stündiger Dienstzeit bekommt er 420 Mk., nicht etwa im Monat, sondern im Jahr. Des Morgens muß seine Frau noch fast 6 Stunden Dienst leisten und bekommt dafür 120 Mk. Mit vieler Mühe ist für sie eine Aufbesserung von 60 Mk. durchgesetzt, sodaß Mann und Frau zusammen 600 Mk. haben. Davon wird ihnen aber 150 Mk. für die sogenannte Dienstwohnung in Abzug gebracht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß das Koalitionsrecht der Arbeiter von der Verwaltung nicht geachtet wird, ist ja schon oft festgestellt. Wenn die Arbeiter sich in Kriegervereinen und anderen hurrapatriotischen Vereinen zusammenschließen, sieht es die Verwaltung gern. Wie sie aber sonst das Koalitionsrecht mißachtet, zeigt folgender in Straßburg in den Werkstätten angeschlagener Erlaß: „Jeder Arbeiter ist den Vorgesetzten Gehorsam schuldig und hat allen Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Auch außerhalb des Dienstes hat sich der Arbeiter achtbar und ehrbar zu führen und sich von der Teilnahme an deutschfeindlichen, sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Versammlungen und Vereinen fernzuhalten. (Sehr richtig! rechts.) Insbesondere darf er dem Transportarbeiterverband, sowie überhaupt Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung für zulässig erachten, nicht angehören. Als Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen wird auch das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Zeitungen und Preßerzeugnisse, sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen angesehen. Zuwiderhandlungen haben sofort Kündigung oder Entlassung zur Folge." In Mühlhausen ist der Erlaß noch dahin ergänzt worden, daß auch der Besuch liberaler Versammlungen verboten ist, sofern darin sozialdemokratische Redner zum Worte kommen. Versammlungen der Zentrumspartei sind nicht genannt, jedenfalls weil man meint, dort kommen Sozialdemokraten so wie so nicht zu Wort, sondern werden niedergeschrien. Dieser Erlaß spricht für sich selbst. Er stellt einen Akt des allerschlimmsten Terrorismus dar. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Der Arbeiter verkauft doch mit seiner Arbeitskraft nicht auch zugleich seine Meinung an die Verwaltung. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Daß der Erlaß auch gegen den § 152 der G.-O. verstößt, nimmt bei dieser Verwaltung nicht wunder. Jedenfalls ist es unmoralisch, daß die Verwaltung für die Aufhebung des Koalitionsrechts die Brotlosmachung androht. In der zweiten elsässischen Kammer ist eine Resolution einstimmig angenommen, die den Erlaß als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Sozialdemokratie wird die Eisenbahnverwaltung keinen Abbruch tun. Gerade solche Behandlung treibt die Eisenbahner in unsere Reihen. Wir könnten also damit zufrieden sein, doch im Interesse der Eisenbahner fordern wir auch für sie politische und wirtschaftliche Freiheit. (Lebh. Zustim. bei den Soz.)

Kuckhoff (Z.) tritt für eine Aufbesserung der Gehälter für die Eisenbahner ein.

Schwabach (Natl.): Die Arbeiterausschüsse müssen organisch ausgebaut werden, damit sie wirklich für den sozialen Frieden wirken können. Man sollte ihre Mitglieder gegen Maßregelung schützen. Das Alter für die Wählbarkeit in dem Arbeiterausschuß könnte auf 25 Jahre herabgesetzt werden. Dringend notwendig ist auch eine Revision der Fahrkartensteuer, noch besser wäre ihre volle Beseitigung. (Bravo! bei den Natlib.)

Preußischer Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Eisenbahn ist keineswegs ein Institut, das nur der Plusmacherei dient. Die 4. Wagenklasse kann durchaus nicht entbehrt werden, sie dient speziell dem Nahverkehr. Von einer unzulässigen Ausnutzung des Personals ist bei uns keine Rede, bis 1907 war die Steigerung des Personals ausreichend, den steigenden Verkehr zu bewältigen. In diesem Jahre allerdings trat eine enorme Steigerung des Verkehrs ein, die nicht in gleicher Weise anhielt, so daß sich in den nächsten Jahren ein Überschuß an Personal herausstellte. Die Länge der Dienstschichten hat ständig abgenommen. Von Hungerlöhnen kann man bei der Reichseisenbahn nicht reden. Die Löhne entsprechen durchaus dem, was in den entsprechenden Berufszweigen gezahlt wird. Der Minimallohn von 2,60 Mk. kommt nur an junge Leute zur Auszahlung. Seit 1890 sind die Löhne um 50 Proz. gestiegen, während die Kosten der Lebenshaltung um denselben Betrag in einem viel längeren Zeitraum gestiegen sind. Den Akkordlohn müssen wir beibehalten, namentlich im Interesse der Arbeiter. Soweit sie nicht durch sozialdemokratische Agitation verhetzt sind, erkennen sie das auch an. (Lachen bei den Soz.) Die Überstunden können bei den wechselnden Anforderungen des Verkehrs leider nicht ganz entbehrt werden. Die Forderung der sozialdemokratischen Resolution, daß auch die Wochenfeiertage den Arbeitern bezahlt werden, widerspricht der Grundlage des Arbeitsvertrages, wonach nur für wirklich geleistete Arbeit Lohn zu zahlen ist. Auch finanziell wäre eine Zahlung des Lohnes an Wochenfeiertagen von großer Tragweite, da ja eine solche Maßregel nicht auf die Eisenbahnverwaltung beschränkt bleiben könnte. Bei den Arbeiterausschüssen wünschen wir die Herabsetzung des Alters für die Wählbarkeit nicht, denn es müssen ruhige, erfahrene Leute in den Ausschüssen tätig sein. Der Abg. Fuchs klagte auch über Beschränkung des Koalitionsrechts. Wir verlangen von den Eisenbahnarbeitern nichts weiter, als daß sie sich von der Sozialdemokratie fern halten und den Streik als berechtigte Waffe nicht anerkennen. Übrigens legen wir ihnen keine Beschränkung auf. (Lachen bei den Soz.) Wir haben nie einen Zweifel gelassen, daß die Eisenbahnverwaltung die Sozialdemokratie bekämpft und bekämpfen muß. (Warum denn? bei den Soz.) Weil sie die staatsbürgerliche Ordnung, wie sie heute besteht, nicht anerkennt, und weil sie den Streik propagiert. Wir zwingen ja niemanden, bei den Eisenbahnen zu arbeiten. Wer es tut, muß sich gewisse Beschränkungen seiner staatsbürgerlichen Rechte gefallen lassen. Von diesem Standpunkt können wir nicht abgehen. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Wehr- und Deckungsvorlage.)

Schluß 3¼ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma Albrecht in Göttingen, Aluminiumwarenfabrik, stehen im Streik. Der Streik richtet sich gegen die Einführung einer Arbeitsordnung, die eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsverhältnisse bedeutet. Ferner wird eine Aufbesserung der Stundenlöhne von 20—27 Pfg. verlangt. Zuzug von Anschlägern, Polierern, Schlossern, Drückern und Schleifern ist streng fernzuhalten.

Die Buckauer „Streikkrawalle". Als im Herbst vorigen Jahres die Mühlenarbeiter bei der Firma Hildebrandt u. Co. in Magdeburg-Buckau die Arbeit eingestellt hatten,

---

Freuden und der Vorbereitungen zur Hochzeit. — „Sein Vater findet, daß er dort besser aufgehoben ist, seiner nautischen Studien wegen; ich sehe aber wirklich nicht recht ein, was er dort lernen kann. — — Ach! meine Tochter, welche Wohltat wird Deine Gegenwart für diese Familie sein! Welch' schöne Aufgabe für eine so gute und so ernste Frau wie Du!"

Sehr ernst war sie allerdings, denn nichts vermochte sie aus dieser Erstarrung, aus dieser Gleichgültigkeit oder Ermüdung herauszureißen, welche sie nach beendigter Mahlzeit, dort am Tische sitzen ließ, das Auge starr auf denselben goldigen Punkt am Himmel gerichtet, weit über dem Wogen der Bäume, und in unendliche Träumereien versunken.

„Gehen wir ein wenig spazieren, willst Du, Linette? — — Es ist so schön draußen. — — Wir nehmen Fanny im Vorbeigehen mit."

Eline schlug es zuerst ab; dann aber fügte sie sich dem Drängen ihrer Mutter. „Du willst? — — — Gut, so wollen wir gehen," — — — sagte sie, in einem Tone, als hätte sie einen schweren, verhängnisvollen Entschluß gefaßt.

An solchen schönen Sommerabenden gleichen die Blumenbeete des Luxemburger Gartens, der ganze Teil, welcher an die frühere Baumschule grenzt, deren Staudengewächse er bewahrt hat, einem grünen schön gepflegten Parke, — den man zur Freude der Spaziergänger frisch gesprengt zu haben scheint, — mit seinen Pflanzungen in Korbform, mit seinen japanischen Waldreben, deren Ranken und purpurrote Glöckchen sich in Girlandenform um die weiß schimmernden Statuen winden, welche in Gruppen von aus den Gewächshäusern ins freie gebrachten Yuccas und Kaktusarten stehen. Man merkt hier nichts von dem Staube der großen Alleen, nichts von dem Lärm des Boulevards St. Michel. Hier baden die Sperlinge im Sande, fliegen in Gesellschaft dicker Amseln, welche durch die ausgestreuten Brodkrümel der hier ihr Vesperbrot verzehrenden Kinder zutraulich gemacht, dicht über den Rasen. Aus allen benachbarten Straßen kommen die Leute nach dem Mittagessen in diese gewundenen Laubgänge und gehen nach dem Siemensstock-Modell, nach den Obstbäumen, die in Bouquetform oder rankenförmig oder zu Spalieren gezogen sind. Leute, die sehr verschieden von denen sind, welche die Terrassen besuchen, kleine Rentiers, Ehepaare, einzelne Frauen, welche ihre Arbeit oder ihr Buch mitbringen, und den Rücken der Allee zugewendet, das Auge ins Grüne richtend, den Tag bis zu seinem letzten Lichtstrahl auskosten. Ferner Leute, welche in einer Zeitung lesend umhergehen, und dazu ganze Scharen von Kindern, die einander rufen und verfolgen, oder auch die ganz Kleinen, die ihre ersten Gehversuche machen, und trotz der späten Stunde noch draußen sind, weil die Mutter den ganzen Tag über arbeitet.

Nachdem Lorie den Feldstuhl der Frau Olsen vor einer Schwertlilien-Einfassung, deren Atlasfärbung und Wasserduft sie liebte, aufgestellt hatte, machte er Elinen den Vorschlag, ein wenig zu gehen. Im Gegensatz zu anderen Tagen, wo sie ein Gespräch unter vier Augen zu vermeiden schien, willigte sie heute lebhaft und fast fieberhaft erregt ein. Der arme Mann verbarg seine Freude hierüber nicht. Er nahm eine stolze Haltung an, die ihn verjüngte, während sie sich nach dem englischen Garten zu entfernten und andere Paare, vielleicht auch Verlobte wie sie, kreuzten. Indem er sich in schönen Worten erschöpfte, bemerkte er kaum das Schweigen des jungen Mädchens, welches es für eine Zurückhaltung hielt, die jetzt um so größer wurde, je näher der Hochzeitstag heranrückte. Denn man hatte, ohne daß der Tag bisher fest bestimmt war, verabredet, daß die Trauung „in den Ferien" stattfinden solle, damit man Zeit habe, sich einzurichten, nachdem die Schülerinnen fort und die Schulen geschlossen waren. In den Ferien! und man war im Juli . . .

Ach! welch' schöner Juli, strahlend von der Sonne und voll Verheißungen. Der Bräutigam war davon ganz geblendet, so wie jene Scheiben, welche zwischen den Zweigen dort auf dem Boulevard beim Sonnenuntergang aufflammten, und ihrem Spaziergange einen glänzend erleuchteten Horizont darboten.

„Nein, — — spiele vor uns her", — — sagte Eline zu der kleinen Fanny, welche sich an sie anschmiegen wollte. Das Kind gehorchte und fing wieder an zu laufen zwischen den auffliegenden Schwalben und dem Gepiepe der Spatzen, welche fast bis unter die Füße der Spaziergänger hüpften, von den Sträuchern zu den Statuen flogen, sich auf die Mähne des Kainslöwen oder auf die erhobenen Finger der Diana setzten. Der Tag neigte sich. Bläuliche Schatten huschten am Boden hin. Eline folgte ihnen mit gesenktem Blicke und sagte plötzlich: „Ich habe etwas erfahren, daß mir Kummer verursacht. — — Es scheint, daß Maurice sich zum ersten Abendmahle vorbereitet."

In der Tat hatte Maurice kürzlich seinem Vater geschrieben, daß er nach Petit-Port zum Unterricht gehe, und daß der Pfarrer ganz stolz sei, dies Jahr einen Kommunikanten zu haben. Doch inwiefern könnte ihr das Kummer verursachen.

„Man hätte mich davon erst in Kenntnis setzen sollen", entgegnete sie in strengem Tone, und ich hätte es nicht erlaubt. — Da ich die Mutter dieser Kinder sein soll, und da Sie wünschen, daß ich sie durchs Leben leite, so verlange ich auch, daß sie derselben Religion angehören, wie ich, der einzigen, der wahren." —

War es auch Lina, das reizende Mädchen mit dem sanftmütigen Lächeln, welche in einem so trockenen, so herrschsüchtigen Tone sprach? War es auch wirklich sie, die der Kleinen, welche zu ihnen zurückgekommen war, und, entsetzt über die Veränderung in ihren Stimmen und Gesichtern, stehen blieb, mit einer harten Gebärde „geh' fort", zurief? Der ganze Garten ringsum schien auch verwandelt, vergrößert zu sein, wie ins Unbestimmte verschwommen, da die Fensterscheiben in der Ferne bei der blauschwarzen, schnell aufsteigenden Dämmerung eins nach dem andern erloschen.

Lorie fühlte sich plötzlich von einer Traurigkeit ergriffen, welche ihm kaum die Kraft zu einem Widerstandsversuch gegen die kalte Entschlossenheit Elinens ließ. Sie wäre doch zu vernünftig, um nicht zu begreifen. Es handle sich doch um ein gewichtiges Bedenken, es wäre eine Gewissenssache. Die Kinder seien katholisch wie ihre Mutter, und wenn es nur aus Achtung vor der Verstorbenen wäre. — — Sie unterbrach ihn trocken:

„Sie müssen wählen — — — — ich kann mich nicht fürs Leben unter solchen Umständen, bei Glaubens- und Konfessionsverschiedenheit und der Uneinigkeit, die daraus in Zukunft entstehen dürfte, verpflichten."

„Eline, Eline, wenn man einander recht lieb hat, ist dann das Herz nicht über solche Dinge erhaben?"

„Es geht nichts über den Glauben." —

Die Nacht war hereingebrochen, die Vögel in den Bäumen schwiegen; die Vorübergehenden waren seltener geworden und verschwanden durch den einzigen noch offengebliebenen Ausgang, während in der Ferne das Trommelwirbeln des Zapfenstreiches ertönte und am Horizont das letzte Fenster erlosch. Von Eline sah Lorie nur noch zwei große Augen, die er kaum wieder erkannte, so wenig glich deren Starrheit dem freundlichen sanftmütigen Ausdruck von früher.

„Ich werde nicht mehr mit Ihnen darüber sprechen," sagte sie — — — —, „jetzt kennen Sie meine Bedingungen."

Da die Mutter fand, daß sie zu lange verweilten, näherte sie sich ihnen mit Fanny:

„Nun kommt. — — — Wir müssen nach Hause. — — Es ist schade, der Abend ist so schön."

(Fortsetzung folgt.)

griff auf Veranlassung des Unternehmers bald die Polizei ein, verbot das Streikpostenstehen und sistierte eines guten Tages, weil angeblich gegen die Arbeitswilligen Gewalttätigkeiten begangen worden seien, aus dem Streiklokal heraus die sämtlichen dort anwesenden Personen, darunter auch den Streikleiter, Genossen Menz, Angestellten des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes. Die größte Zahl der Sistierten wurde bald wieder entlassen, dagegen mußte Menz vom 2. Dezember vorigen Jahres bis zum 5. Februar dieses Jahres in Untersuchungshaft sitzen und drei weitere Beschuldigte wurden aus der Untersuchungshaft überhaupt noch nicht entlassen. Von der Staatsanwaltschaft wurde ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs, Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, Beleidigung und Vergehen wider § 153 der Gewerbeordnung eingeleitet. Das Vorverfahren ergab aber bald, daß eine Anklage wegen Landfriedensbruchs nicht erhoben werden konnte. Wegen der anderen Straftaten erfolgte jedoch Anklage, gegen die sich am Mittwoch und Donnerstag vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg außer dem Gewerkschaftsangestellten Menz, der auch wegen Anstiftung angeklagt war, der Müllergeselle Gloger, der Kupferschmied Hennig, der Arbeiter Meiling, der Müllergeselle Zugehör und der Arbeiter Barnebeck zu verantworten hatten. Die Verhandlung ergab, daß die Schilderungen, die seinerzeit die bürgerliche Presse über die Taten der Angeklagten veröffentlichte, ganz außerordentlich übertrieben waren. Das Landgericht verurteilte die von den Rechtsanwälten Wolgang Heine-Berlin, Hammerschlag-Magdeburg und Bein-Magdeburg verteidigten Angeklagten wie folgt: Menz zwei Monate Gefängnis, Gloger acht Monate Gefängnis, Hennig drei Tage Gefängnis, Meiling vier Monate und zwei Wochen Gefängnis, Zugehör sechs Monate Gefängnis und Barnebeck zwei Monate Gefängnis. Bei Menz und Meiling wurde die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet; Gloger und Zugehör wurden vier Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Von der Anstiftung zu den diversen Straftaten wurde Menz freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn insgesamt zehn Monate Gefängnis beantragt. Die bis dahin inhaftierten Angeklagten wurden aus der Haft entlassen. Es war ungefähr ein Dutzend verschiedener Vorfälle, die zur Verhandlung standen. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß von einer geringen Strafe nicht die Rede sein könne. Eine strenge Bestrafung erfordere schon der Schutz der Arbeitswilligen, die ebenso geschützt werden müßten, wie das Koalitionsrecht. An der freiwilligen Arbeit dürfe niemand gehindert werden. Das erfordere ebenfalls auch das berechtigte Interesse der Arbeitgeber.

Streikjustiz im Ruhrgebiet. Eine ungeheuer hohe Strafe verhängte die Dortmunder Sonderkammer für Streikvergehen über den Bergmann Johann Schumacher auf Horstmar, der am 12. März zwei Arbeitswillige mit seinem Spazierstock mißhandelt hatte. Obwohl die Geschlagenen keine Verletzungen erlitten hatten, erkannte das Gericht auf zwei Jahre Gefängnis. — Der Arbeitswillige, der in Unna auf den Gendarmen geschossen hatte, bekam bekanntlich zwei Wochen Gefängnis. Das ist deutsche Gleichheit jedes Staatsbürgers vor dem Gesetz.

Christlicher Streikterrorismus? Wie haben die Christlichen gegen den angeblichen Terrorismus der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier gewütet! Es hieß, an den Zusammenstößen mit der Polizei seien lediglich die Streikenden schuld. Nun haben in der ostpreußischen, rein katholischen Stadt Bischofsburg die christlich-organisierten Maurer die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer ihre Forderungen ablehnten. Die ostpreußische Zentrumspresse muß jetzt mitteilen: „Der Maurerstreik ist noch nicht beendet. Die Streikenden versuchen, die von auswärts gekommenen Maurer an der Arbeit zu hindern. Es kommt vielfach zu Aufläufen und Zusammenstößen, sodaß die Polizei mehrfach Verhaftungen vornehmen mußte.“ In dieser guten, frommen Stadt ist es also zu ähnlichen Vorgängen gekommen wie im Ruhrrevier. Werden die Christlichen diese Zusammenstöße nun auch lediglich auf das Konto der Ausständigen setzen?

Ein Pendant zur Streikjustiz im Ruhrgebiet. Mitte Februar hat die Arbeiterpresse über die Ausschreitungen der Arbeitswilligen der Wiesbadener Steinmühle sowie auch über ihre Schießerei auf die Ausgesperrten und Streikposten berichtet. Ein Ausgesperrter war von vier Arbeitswilligen überfallen und mit Schlägen traktiert worden, und als er flüchtete, schossen sie mit Revolvern nach ihm. Zwei Tage darauf wurde ein Streikposten von zwei Arbeitswilligen mit Ochsenziemern mißhandelt, dabei drohten sie: Die anderen kommen auch noch ran. Das war mittags. Nachmittags 5½ Uhr, als acht Arbeitswillige die Nachtschicht antraten, fielen diese ohne weiteres über drei Streikposten her, auch machten sie von dem Revolver Gebrauch, wobei einer der Streikposten angeschossen wurde. Die bürgerliche Presse versuchte damals, den Sachverhalt umzulügen und den Streikposten die Schuld und die Schießerei aufzulügen, aber mit dem besten Willen konnte die Staatsanwaltschaft keine Klage gegen die Streikposten konstruieren. Dagegen haben die angeschossenen Streikposten und noch ein von den Arbeitswilligen mißhandelter Ausgesperrter Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch das Verfahren „wegen Mangels eines öffentlichen Interesses“ eingestellt; sie begründet dies wie folgt:

1. Fall: gegen den Arbeitswilligen Wilhelm Schulz:

„Wenn Wilhelm Schulz in seiner begreiflichen Erregung über die gegen seinen Bruder erhobene Beschuldigung Ihnen mit Schlägen gedroht und dabei auch von „Auseinanderschlagen der Hirnschale“ gesprochen hat, so ist nach Lage der Sache nicht wahrscheinlich, daß er sich dabei bewußt war, in Ihnen die Furcht vor Tötung zu erwecken.“

2. Fall: gegen den Arbeitswilligen Fritz Schulz und Genossen:

„Das Verfahren gegen den Gärtner Vincenz Schiche wegen gefährlicher Körperverletzung habe ich eingestellt. Nach den eigenen Angaben des Schiche hat dieser allerdings mit dem Revolver nach Ihnen geschossen und Sie auch am Kopfe getroffen. Eine strafbare Handlung ist aber um deswillen zu verneinen, weil Schiche nach den Feststellungen sich in Notwehr befunden hat.“

Darauf folgt eine längere Begründung der nach staatsanwaltschaftlicher Deduktion angenommenen Notwehr, worauf es dann heißt:

„Zum mindesten konnten sie (Schiche und Gen.) des Glaubens sein, daß sie in Notwehr handelten, da an den vorhergehenden Tagen bereits Mißhandlungen stattgefunden hatten.“

Mißhandlungen hatten tatsächlich stattgefunden, aber Mißhandlungen der Streikposten durch Arbeitswillige.

Sagt eine Bergarbeiterfrau in verständlicher Erregung zu einem Streikbrecher „Streikbrecher“, so erhebt der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse Anklage und beantragt wochen- oder gar monatelange Gefängnisstrafen. Fällt eine Horde Arbeitswilliger über Streikposten her und erhält einer der Streikenden einen Schuß an den Kopf, so liegt kein öffentliches Interesse zur Erhebung einer Anklage vor. Wer da nicht zu der Erkenntnis kommt, daß die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde der Welt ist, der muß das seinem beschränkten Laienverstande über deutsche Rechtspflege zugute halten.

Massenstreikbewegung in Amerika. Wenn auch die sonderbare gewerkschaftliche Diplomatie nur von einer „Suspension“ (Arbeits-Suspendierung) spricht, so besteht doch seit dem 1. April in der amerikanischen Grubenindustrie tatsächlich der Generalstreik. Einer 48 Stunden zuvor erlassenen Ordre des großen amerikanischen Bergarbeiterverbandes, der „United Mine Workers“, prompt Folge leistend, haben rund 400 000 Arbeiter in allen wichtigeren Distrikten der Hartkohlen- wie der Weichkohlenförderung die Minen verlassen. Um die Mitte des Monats wird es sich entscheiden, ob es in den Vereinigten Staaten zu einer Wiederholung des Riesenkampfes vom Jahre 1902 kommen wird, der bekanntlich unter dem Einfluß Roosevelts mit einem Kompromißvertrag beigelegt wurde, der seitdem dreimal erneuert wurde. Beide Parteien haben sich von langer Hand her auf den Kampf vorbereitet, die Grubenkapitalisten durch Aufstapelung ungeheuerer Vorräte und allerhand provokatorische Maßregeln, wie die Aufrichtung hoher Zäune um die Bergwerksgrundstücke; die Arbeiter durch gewaltige Stärkung der Organisation, die heute in den Hauptstaaten der Montanindustrie — Illinois und Pensylvanien — 80 bis 85 Proz. aller Bergleute vereinigt. Und der Verlauf des Bergarbeiterkongresses in Indianapolis hat gezeigt, daß die Organisation nicht nur äußerlich stark, sondern auch innerlich tüchtig und von einem Klassenkampfgeist beseelt ist, wie nur irgendeine europäische Gewerkschaft. Die Weichkohlengräber haben bereits durch Urabstimmung über einen Kompromißvorschlag der Unternehmer zu befinden, der voraussichtlich auch den Arbeitern der Hartkohlenreviere vorgelegt werden wird, indessen scheint es, als ob die Frage der Anerkennung der Union einen langen und zähen Kampf unvermeidlich machen sollte.

Aus der Jugendbewegung.

Die Staatserhaltenden auf dem Jugendfange. Mit allen Mitteln des Terrorismus versucht jetzt die preußische Regierung, die jungen Arbeiter für die „Jugendwehr“ zu gewinnen. So weiß unser Parteiblatt in Erfurt zu berichten, daß in der dortigen Königlichen Gewehrfabrik ein Werbebureau für die Jugendwehr errichtet worden ist. Vor einigen Wochen wurde den Arbeitern dieser Fabrik ein „Jugendwehr-Rekrutierungsplan“ vorgelegt, durch dessen Kenntnisnahme, die sie unterschriftlich bestätigen mußten, den Arbeitern die Pflicht auferlegt wurde, ihre entweder schon schulentlassenen oder jetzt zu Ostern die Schule verlassenden Söhne der Jugendwehr zuzuführen! Unbemittelten Vätern wurde die Befreiung von den Beiträgen und die unentgeltliche Lieferung der „kleidsamen“ Uniform in Aussicht gestellt. Wer da weiß, wie die Arbeiter in „staatlichen Musterbetrieben“ auf jeden Wunsch „von oben“ reagieren müssen, wenn sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, begreift, daß dies Rekrutierungssystem auf eine gewaltsame Werbung hinausläuft. Es ist sehr wahrscheinlich, daß über kurz oder lang Privatbetriebe ihren Arbeitern mit ähnlichen Zumutungen kommen. Da werden die Arbeiter aber, gestützt auf ihre Organisationen, in energischer Weise zu verstehen geben, daß sie sich solche Belästigungen ein für allemal verbitten.

Zum Untergang der „Titanic“.

Aus der Fülle der Meldungen über die Katastrophe ist ganz besonders folgendes festzuhalten: Erstens, daß der Dampfer in heller, sternklarer Nacht, mit voller Geschwindigkeit gegen den Eisberg gerannt ist, obgleich der Kapitän wiederholt gewarnt und von der Lage des Eisberges genau unterrichtet war. Zweitens, daß nur für den dritten Teil der Schiffsbevölkerung Rettungsboote vorhanden waren, zwei Drittel also keine Rettungsmöglichkeit hatte, und daß drittens zu wenig wirklich tüchtige Seeleute an Bord waren.

Ismay, der gerettete Direktor der White Star Line, bestritt allerdings vor der vom amerikanischen Senat eingesetzten Kommission, daß die „Titanic“ in der Unglücksnacht mit voller Kraft gefahren sei, doch erklärte demgegenüber der Steuermann Moody, der Sonntag nacht die Bedienung des Ruders hatte, die Verwaltung habe vorgeschrieben, daß größtmögliche Schnelligkeit entwickelt werden müsse. Das Schiff habe an dem Tage 565 Meilen gemacht und fuhr 21 Knoten, als die Kollision sich ereignete. Das Verhalten Ismays erscheint überhaupt in einem eigentümlichen Lichte. Er erklärte vor der Untersuchungskommission des Senats, als er nach den Umständen, unter denen er die „Titanic“ verlassen habe, befragt wurde, fast im Flüstertone, eines der Boote sei mit Schiffsangestellten gefüllt worden. Er habe laut gerufen, um festzustellen, ob noch Frauen vorhanden waren, die in das Boot hätten gehen können. Der Passagier der ersten Kajüte Taylor aus Philadelphia, der aus dem Wasser gerettet wurde, erklärte dagegen, Ismay sei entschieden zu tadeln. Zunächst habe er die Rettung in ein Boot versucht, in welches noch eine Frau mit einem Kinde steigen wollte. Er sei dann zurückgetreten, um dann im nächsten Boot sich als Seemann zu proklamieren, der mitrudern wolle. Dort sei er dann geblieben. Bei der weiteren Vernehmung vor der Kommission hat Ismay schließlich zugegeben, daß das Schiff 21 Knoten stündlich gemacht habe, indessen sei dies nicht die Höchstgeschwindigkeit.

Vor dem Senatskomitee zur Untersuchung des Unterganges der „Titanic“ wurde auch der zweite Offizier der „Titanic“, Lightholder vernommen. Er erklärte: Als das erste Boot herabgelassen worden sei, habe sich das Deck 70 Fuß über dem Wasserspiegel befunden. Als aber das letzte Boot zu Wasser ging, habe das Deck nur wenige Fuß aus dem Wasser herausgeragt, und der Dampfer sei im raschen Sinken gewesen. Er hält seine Mitteilungen durchaus aufrecht. Die Boote seien gut besetzt gewesen und stets hätten die Frauen den Vorzug gehabt. In bezug darauf, daß soviele von der Mannschaft gerettet worden seien, erklärte er, daß von sechs aus dem Wasser aufgegriffenen Personen immer fünf Heizer und Stewards gewesen seien. Nachdem die „Titanic“ gesunken sei, seien einige Rettungsboote zurückgefahren um noch Schiffbrüchige zu bergen. An Bord der „Titanic“ sei es zu keiner Panik, nicht einmal zu Klagen unter den Zurückbleibenden gekommen. Das Senatskomitee beschloß, Ismay nicht nach England zu entlassen, obwohl er unverzüglich dorthin zurückzukehren wünschte. Ebenso sollen zwölf Mann der Besatzung und die vier Offiziere der „Titanic“ zurückbehalten werden. — Im Senat griff Reyner in einer heftigen Rede den Direktor Ismay an und sagte, es sollte gegen die Beamten der White Star Line strafrechtlich vorgegangen werden, weil die „Titanic“ nicht genügend mit Rettungsvorrichtungen versehen war.

Zahlreiche Passagiere der „Titanic“, darunter auch Frau Astor, sind zu den Verhandlungen des Senatskomitees nach Washington vorgeladen. Mitglieder der Mannschaft haben erklärt, daß in den Kohlenräumen der „Titanic“ Feuer wütete, bis am Sonnabend die Kohlen entfernt wurden. Als nach dem Zusammenstoß Wasser und Eisstücke in die Kohlenräume eindrangen, gaben die Wände der Schotten nach, da das Gegengewicht der Kohlen fehlte. Die Maschinisten blieben an den Schiffspumpen und ertranken; die Heizer sprangen ins Meer. Unmittelbar nach dem Untergang des Schiffes stießen die Ruder ihres Floßes fortwährend an Leichen, die mit Rettungsgürteln versehen waren. — Die Nachricht vom Ausbruch des Feuers halten wir für ziemlich unglaubwürdig.

Der Kapitän Gamble von der „Virginia“ erklärte, er könne sich die falsche Meldung, daß er die „Titanic“ im Schlepptau habe, nicht erklären. Er habe den Hilferuf von der „Titanic“ in der Montag nacht 12 Uhr 40 Minuten erhalten und sofort seinen Kurs geändert, um zur Hilfe zu eilen. Um 3¾ Uhr habe er mit dem Dampfer „Verma“, der 55 Seemeilen von der „Titanic“ entfernt war, Verbindung bekommen und dann auch mit den Dampfern „Carpathia“, California“ und „Frankfurt“. Um 10 Uhr sei dann das Funkentelegramm von der „Carpathia“ eingetroffen: „Kehrt zu eurem nördlichen Kurs zurück, alles in Ordnung, habe 800 an Bord.“ Er sei dann ostwärts gefahren und habe ein großes Eisfeld umfahren. Er sei etwa 6 Seemeilen von der Unglücksstelle gefahren, habe aber keine Trümmer gesehen.

Bisher ist festgestellt, daß das Telegramm über das angebliche Schleppen der „Titanic“ von keinem Dampfer weiter gesandt worden ist. Der erste Offizier der „Titanic“, Murdock, der sich auf der Kommandobrücke befand, hatte den Eisberg gesichtet; es wurden aber keine Anstalten für eine Kursänderung oder Mäßigung der Schnelligkeit getroffen. Murdock erschoß sich, als die Kollision erfolgte. Ein Steward behauptet, ein amerikanischer Millionär hätte einen Heizer bestochen, ihn, seine Frau, sein Kind, seinen Arzt und seinen Kammerdiener zu retten. Die Heizer verrieten die Tatsache später, weil sie mit der Belohnung von 100 Mk. pro Mann unzufrieden waren.

Endlich ist auch die genaue Angabe über die Zahl der Geretteten und der Opfer in die Öffentlichkeit gedrungen. Die White Star Linie hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der von der „Titanic“ 202 Passagiere erster, 115 zweiter und 178 dritter Klasse gerettet worden sind. Von der Mannschaft sind 206, von den Offizieren 4 gerettet worden. Die Gesamtzahl der Geretteten beträgt demnach 705, **die der Umgekommenen 1635.**

Unter den Überlebenden befinden sich sechs Chinesen, die unter den Sitzen der Rettungsboote versteckt waren. Sie wurden erst entdeckt, als die Boote der „Titanic“ an Bord der „Carpathia“ gebracht wurden. Zwei andere Chinesen sind durch das Gewicht der über ihnen Sitzenden zu Tode gedrückt worden. — Der Kapitän der „Carpathia“ erzählte, er habe unter anderen auch vier Leichen erfrorener Mitglieder der Mannschaft der „Titanic“ an Bord, deren Finger noch die Ruderenden umklammerten. Es ist jetzt bekannt, daß nicht weniger als 85 Passagiere der „Titanic“ in die Krankenhäuser gebracht worden sind.

Die Streikjustiz.

Am Donnerstag hatte sich vor der zweiten Streikkammer am Dortmunder Landgericht u. a. auch der Bergmann Joh. Schumann zu verantworten, der der gefährlichen Körperverletzung in zwei Fällen und des Hausfriedensbruchs angeklagt war. Der Angeklagte war in Untersuchungshaft. Er soll mit anderen Personen gemeinschaftlich handelnd die Arbeitswilligen Pagel und Pellag mißhandelt haben und zwar mit einem Stock. Außerdem soll er sich, als er einen der beiden verfolgte, des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Schumann gab zu, zwei Stockschläge gegeben zu haben, das soll aber ohne Absicht geschehen sein; in Wirklichkeit hat Schumann nach seiner Angabe den überfallenen beistehen und ihn vor den Angreifern schützen wollen. Hauptbelastungszeugen waren zwei Kinder, die angaben, genau gesehen zu haben, wie Schumann schlug. Die Belastungszeugen gaben weiter an, die Streikenden hätten zu der Zeit, am 12. März, Spalier gebildet und dann alle Streikbrecher, die vorbeigekommen seien, gehauen und verfolgt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Angeklagte eventuell auch aus § 125 bestraft werden könne, und daß die Sache dann wegen Landfriedensbruch vors Schwurgericht gehört. Der Staatsanwalt war in erster Linie für Überweisung ans Schwurgericht. Der Angeklagte, erklärte er, habe sich an einer öffentlichen Zusammenrottung beteiligt und sei dabei tätlich geworden. Jedenfalls habe er sich in zwei Fällen an einer Schlägerei beteiligt und er sei dann noch bei dem einen Mißhandelten eingedrungen. Für zwei gefährliche Körperverletzungen wurden je 9 Monate und für „qualifizierten“ Hausfriedensbruch (mit „Waffe“ — Stock!) 3 Monate, zusammengezogen auf 1½ Jahre Gefängnis, beantragt. Der Verteidiger brachte Bedenken vor, ob auf die Aussagen der jugendlichen Zeugen hin eine Verurteilung erfolgen könne, und er meinte weiter, wenn keine Freisprechung erfolge, werde die Sache wohl an das Schwurgericht zu verweisen sein. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen in Tateinheit mit versuchter Nötigung; von der weiteren Anklage wurde Schumann freigesprochen. Daß sich der Angeklagte von vornherein an der Zusammenrottung beteiligt habe, wurde nicht angenommen. Die sehr hohe Strafe wurde mit der „außerordentlichen Roheit“ der Handlung und damit begründet, daß der Angeklagte schon oft wegen Roheitsvergehen vorbestraft war. Er wurde als ein „unverbesserlicher Raufbold“ bezeichnet.

Auch am Landgericht Duisburg kann man noch alle Tage Wunder der Streikjustiz erleben. Die Frau des Bergmanns Andreas Reuther aus Schmidthorst war der Beleidigung eines Arbeitswilligen angeklagt. Sie mußte für ihre vor siebzehn Jahren erlittene Vorstrafe wegen Beleidigung noch im gegenwärtigen Anklagezustand herhalten. Das Gericht verhängte über die Angeklagte wegen des von ihr bestrittenen Zurufs: „Pfui, Streikbrecher“ eine Gefängnisstrafe von einem Monat, mit der Begründung, daß die Angeklagte schon vorbestraft sei.

Aus dem Gerichtssaal.

Unschuldig im Zuchthaus. Die Strafkammer in Neuruppin kam in ihrer letzten Sitzung zu einer sensationellen Freisprechung. Wegen Rückfalldiebstahls hatte sich im Wiederaufnahmeverfahren der Dienstknecht Otto Heinitz zu verantworten, der im November 1909 von der Neuruppiner Strafkammer, zu zwei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt worden war, weil er im Oktober des genannten Jahres einen Einbruch in die Stadtkasse zu Granee verübt haben sollte. Bei der „Überführung“ des Ange-

klagten hatte in erster Reihe ein Polizeihund (!) mitgewirkt. In der vorigen Verhandlung stellte sich die völlige Schuldlosigkeit des zu so schwerer Strafe Verurteilten heraus. Ein Zeuge, der zurzeit eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe verbüßt, bekannte sich als den Täter. Der Angeklagte wurde daraufhin natürlich freigesprochen. Diese neueste „Glanzleistung" eines Polizeihundes sollte zu größter Vorsicht bei Beurteilung des Wertes dieser polizeilichen Hilfedienste mahnen.

Parlamentarier, welche die Militärverwaltung übers Ohr hauen. Die Militärverwaltung in Bayern hatte seinerzeit einem aus Konservativen und Junkerbündlern bestehenden Konsortium, dem Landtagsabgeordneten Jungwirth und Genossen, die Ochsenlieferung für die Ansbacher Konservenfabrik gekündigt. In der „N. bayerischen Landeszeitung" in Würzburg war über diese für die Abgeordneten sehr blamable Affäre berichtet worden, daß die Kündigung erfolgt sei, weil der Militärbehörde das Wohl der Soldaten höher stehe, als der Profit der Ochsenlieferanten. Die Folge war eine Beleidigungsklage der Abgeordneten Jungwirth und Hufnagel und des Gutsbesitzers Schuster, die alle drei dem Vorstande der Verkaufsstelle angehören, gegen den Verantwortlichen der „Landeszeitung", Dr. August Memminger. Das Schöffengericht Würzburg verurteilte Memminger zu einer Geldstrafe von 75 Mk. Das Berufungsgericht stellte fest, daß die Ochsenlieferungen der Verkaufsstelle jahrelang mangelhaft waren und deshalb eine große Anzahl angelieferter Ochsen zurückgewiesen werden mußten, weil sie den von der Militärverwaltung gestellten Bedingungen nicht entsprachen. Die Verkaufsstelle ließ sich Preise für erstklassige Ochsen bezahlen, während sie Ochsen mittlerer Qualität lieferte. Dadurch hat die Verkaufsstelle im Laufe von vier Jahren einen Gesamtgewinn von 145760 Mk. erzielt. Die von den Klägern gegen dies Urteil eingelegte Revision wurde vom obersten Landgericht kostenfällig verworfen. Für den Geschäftspatriotismus der bayerischen Junker ist diese Gerichtsentscheidung sehr bezeichnend.

Für den Untergebenen — ein Jahr Gefängnis! Für den Vorgesetzten — vier Wochen Mittelarrest! Zwei ungemein bezeichnende Urteile fällte dieser Tage das Insterburger Kriegsgericht. Vor ihm hatten sich der Kanonier Scholl und der Unteroffizier May zu verantworten, und zwar der erstere wegen Vergehens gegen einen Vorgesetzten und der Unteroffizier wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen. Scholl hatte am 3. März Stallwache. Er soll dem Unteroffizier May durch sein „schlappes Benehmen" aufgefallen sein. Deshalb ließ er den Kanonier Laufschritt sowie einen Sprung im Stall machen. Der Soldat geriet darüber in heftige Erregung. In diesem Zustande faßte er den Unteroffizier vorn in den Mantel und stieß ihn gegen einen Schrank. Dafür erhielt er — unter Zubilligung mildernder Umstände — ein Jahr Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Der Unteroffizier hatte aber dem Kanonier einen Schlag ins Gesicht versetzt. Dafür verurteilte ihn das Kriegsgericht zu vier Wochen Mittelarrest.— Für einen Stoß ein Jahr Gefängnis, für einen Schlag ins Gesicht 4 Wochen Arrest. — Recht für Untergebene und für Vorgesetzte. Das militärische Strafrecht will das so und des Volkes Begeisterung für den Militarismus mag sich daran wärmen.

Aus Nah und Fern.

Das dankbare Vaterland. Vergeblich war das Bemühen unserer Partei, den armen Invaliden durch die neue Reichsversicherungsordnung eine höhere Rente zu sichern. Es war kein Geld dafür da, wenn man auch anerkennen mußte, daß man mit der kargen Rente von 16 Mk. pro Monat keine Familie in den teuren Zeiten ernähren kann. Die Ärmsten müssen eben weiter hungern und sehen, daß hilfreiche Leute für sie den Bettelsack schwingen. Da lesen wir in der „Frankf. Zeitung" einen Bittruf eines Landpfarrers mit folgendem Text:

Bittruf.

Wer hilft einem 61 Jahre alten Mann, der wegen seiner Schwerhörigkeit keine Arbeit finden kann und der bei seiner Kurzsichtigkeit sich wöchentlich nur 1 Mk. durch Klöppeln verdienen kann? Er bezieht monatlich eine Rente von 11,25 Mk. Augenblicklich ist er in der allergrößten Not. Es ist ihm eine Hypothek von 500 Mk. zur Rückzahlung gekündigt worden. Er weiß nun in seiner völligen Mittellosigkeit nicht, wie er diese Summe aufbringen soll. Dem Manne könnte geholfen werden, wenn einige vermögende Menschenfreunde sich seiner baldigst huldvollst annehmen würden. Gütigst ihm zugedachte Gaben nimmt entgegen

P. Schneider, Pfarrer,
Grumbach b. Jöhstadt im Erzgebirge.

Im „Lande der Sozialpolitik" erhält ein 61 Jahre alter Invalide also ganze elf Mark und 25 Pfg. Rente pro Monat ausgezahlt. Und angesichts dieser Hungergroschen entblöden sich unsere herrschenden Klassen, denen die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte eine schier berauschende Fülle des Reichtums eingebracht hat, nicht, von einer „Invalidenrente" zu sprechen, die den Arbeitern ein „sorgenfreies" Leben sichern soll. Für neue Rüstungen zu Wasser und zu Lande sind ungezählte Millionen vorhanden, für die Invaliden der Arbeit ist dagegen nicht ein Bruchteil der Summe, die dem Militarismus geopfert wird, vorhanden. Wie man für hungernde Vögel im Winter bettelt, so muß der Dorfpfarrer sich an „vermögende Menschen" wenden und denen die große Not des Schwerhörigen und Halbblinden vorjammern. Sicher gehört der Schwitzmeister des Invaliden zu den „vermögenden" Menschen und zahlt ihm großmütig eine ganze Reichsmark pro Woche für seine Tätigkeit, den Rest seiner Arbeitskraft. Und der Hypothekengläubiger? Der kündigt in aller Not auch noch die Hypothek, weil der arme Teufel die fälligen Zinsen von der Rente von elf Mark pro Monat nicht zahlen konnte? Der Dorfpfarrer bettelt jetzt für den Armen milde Gaben, die auch hier und da eingehen werden. Ob er aber bei der letzten Reichstagswahl für die Verbesserung der elenden Gesetzgebung auch eingetreten ist? Almosen drücken ja den Menschen noch mehr nieder, und gesetzliche Rechte könnten ihn erhöhen. Das ist auch den Landpfarrern oft nicht angenehm. Daher wird weiter gebettelt für die Armen, die in gesunden Tagen ihre Arbeitskraft dem Kapital zur Verfügung stellten und in Zeiten der Invalidität betteln müssen.

Eine Brüskierung der Presse. Im Methylalkoholprozeß, der noch immer in Berlin verhandelt wird, ereignete sich Sonnabend ein eigenartiger Zwischenfall. Als einer der Sachverständigen, der am Pressetisch Platz genommen hatte, erklärte, daß er hier nichts hören könne, und um Anweisung eines anderen Platzes bat, rief der Vorsitzende erregt: „Dann muß die Presse raus." — Die im Saale anwesenden Vertreter der Berliner und auswärtigen Presse verließen darauf einmütig den Saal und beschlossen, der Berichterstattung über diesen Prozeß einzustellen. — Während des Prozesses kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern, in deren Verlauf letztere wiederholt in Ordnungsstrafe genommen wurden.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika! Ein Beauftragter des Fresno Building Trades Council in Freno (Kalifornien) bittet einen Verwandten in Harburg, für weitgehende Verbreitung dieser Warnung Sorge zu tragen „Ich erlaube mir, Dich offiziell zu benachrichtigen, daß die Arbeitsverhältnisse hier so erbärmlich sind, wie die Welt es wohl selten gesehen hat. Unter dem Vorgeben, daß hier Tausende von Arbeitern aller Gattungen für den Bau der Weltausstellung in San Franzisko gebraucht werden, werden Tausende von Arbeitern verführt, nach hier auszuwandern. Nachdem die Schiffs- und Eisenbahngesellschaften, die Hotels und Vermietungskontore die armen Teufel ausgeraubt haben, stehen sie, ohne der Sprache mächtig zu sein, und ohne Mittel auf der Straße. Wir müssen Tausende mit Essen und Schlafgelegenheit versorgen, und die Gefängnisse, Kranken- und Irrenhäuser sind mit diesen Unglücklichen gefüllt. Selbstmorde kommen täglich dutzendweise vor! — Es sind die Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, die durch verführerische Zeitungsreklame schuld daran sind. — Wir vereinigten Gewerkschaften und Sozialisten bitten Euch, diesen Bericht so viel wie möglich bekannt zu machen."

200 Menschen ertrunken. Die riesigen Überschwemmungen des Mississippi haben erneut zu einer schweren Katastrophe geführt. Wie ein Telegramm aus Jackson meldet, sind am Sonnabend durch einen Dammbruch bei Beulak 200 Menschen in den Fluten des Mississippi ertrunken. Einzelheiten über das schwere Unglück liegen noch nicht vor.

Traurige Folgen hat die Sonnenfinsternis für eine Dame in Straßburg gehabt. Sie hatte die Naturerscheinung ohne Schutzglas besichtigt und dabei ihr Augenlicht so schwer beschädigt, daß sie seit gestern vollständig erblindet ist. Nach Aussage der Ärzte wird sie die Sehkraft nicht wieder erlangen.

Vier Personen verbrannt. In der Vorstadt Chelsea im Südwesten von London ist ein schweres Brandunglück vorgekommen. Aus London wird gemeldet: In einem Schuhladen in Chelsea brach Sonnabend morgen um 4 Uhr ein Feuer aus, das erst bemerkt wurde, als das ganze Haus in Flammen stand. Vier alte Leute, die über dem Laden wohnten, sind verbrannt. Vier andere konnten sich retten. Der Brand war erst nach drei Stunden gelöscht.

Ein Sittlichkeitsskandal in Krakau. Die Krakauer Polizei ist einer Gesellschaft auf die Spur gekommen, die seit längerer Zeit Nachtabende und unsittliche Orgien veranstaltete. Der Vereinigung gehörten etwa 300 junge Männer und 50 junge Mädchen, alle aus den ersten Gesellschaftskreisen, an. Die Gesellschaft hatte sich in der Stadt ein eigenes Haus gemietet, in dem die Exzesse begangen wurden. Zahlreiche Insassen hiesiger vornehmer Mädchenpensionate sind in die Geschichte verwickelt. Nur durch einen Zufall kam der Skandal ans Tageslicht. Bei einem der Mädchen fand die Polizei einen hektographierten Aufruf, der eine Einladung zum Beitritt in den Verein enthielt. Dem Aufruf lag ein Prospekt bei, der über die Tätigkeit der Vereinigung nähere Aufschlüsse gab. Die Polizei ließ das Vereinshaus sofort schließen. Das Abzeichen der Mitglieder bestand aus einer silbernen Spinne. Die Affäre erregt in hiesigen Gesellschaftskreisen das peinlichste Aufsehen.

Von der Höhe unserer Kultur. Sonnabend morgen um 7 Uhr wurde im Hofe des Strafgefängnisses von Temesvar der Mörder des Pfandhausbesitzers Loewinger, Stephan Balaz, durch den Strang hingerichtet. Nach der Hinrichtung ereignete sich ein charakteristischer Zwischenfall. Der Henker wollte den Strick, mit dem er das Urteil vollstreckt hatte, an sich nehmen, wogegen aber der Staatsanwalt protestierte, um solche widerlichen Szenen, wie sie sich gelegentlich einer früheren Hinrichtung ereigneten, zu vermeiden. Der Scharfrichter berief sich aber auf den alten Brauch, der den zu der Hinrichtung verwendeten Strick dem Henker zuspricht. Es blieb dem Staatsanwalt weiter nichts übrig, als ihm den Strick durch die Polizei abnehmen zu lassen.

Kleine Chronik. Ein schwerer Raubanfall ist in Berlin auf eine Geschäftsinhaberin in der Tilsiterstraße verübt worden. Der 21jährige Friseurgehilfe Friese überfiel die Seifenhändlerin Körper und verletzte sie nicht unbedeutend. Er raubte aus der Ladenkasse 36 Mk. und versuchte zu entfliehen, wurde aber ergriffen und dem Polizeipräsidium zugeführt. — In der Stettiner Spritfabrik ist der Arbeiter Bolt durch die Explosion eines Spiritusfasses in Stücke gerissen worden. — In Greifswald wurde in einer Pension der 18jährige Primaner Willy Z., der Sohn eines Gutspächters, erhängt aufgefunden. Das Motiv der Tat ist unbekannt. — In dem Röchlingschen Eisenwerk in Völklingen sind, wie die „Völklinger Zeitung" meldet, drei Vorarbeiter durch die Explosion eines Gaskessels sofort getötet worden. — In der Stadt Hennessy (Oklahama) sind durch einen Wirbelsturm 50 Häuser zerstört worden. Zwei Frauen wurden getötet. In Perry wurde ein Mann getötet, etwa 20 Menschen wurden verwundet und 25 Gebäude beschädigt. Noch andere Städte im Staate Oklahama haben schwer gelitten. Telegraphischen Meldungen zufolge sind im Staate Kolorado zahlreiche Menschen durch den Sturm getötet worden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Martha." Oper in 4 Akten von Flotow. Vor sehr mäßig besuchtem Hause gelangte gestern abend diese Oper, die bei all ihrem Melodienreichtum doch schon stark verblaßt ist, zur Aufführung. Die Wiedergabe konnte nur in geringem Maße erwärmen, zumal sie unter allgemeiner Unsicherheit litt. Zwischen der Bühne und dem Orchester kam es verschiedentlich zu Differenzen, die bei besserer Vorbereitung wohl hätten vermieden werden können. Herr Kollwitz, der in letzter Zeit geradezu überanstrengt wurde, weil er fast das ganze erste Tenorfach auszufüllen hatte, bedarf der Muße zur Schonung seines Organs und zum ausgiebigeren Studium seiner Partien; das bewies gestern der von ihm gegebene Lyonel, der auch darstellerisch recht indifferent war. Frau Mara ließ als Lady kalt; ihr Gesang vermag überhaupt schwer zu erwärmen, obwohl die stimmlichen Mittel der Künstlerin an sich garnicht unbedeutend sind. Dann fehlt ihr auch der gewisse Charme, welcher sich durch ein stereotypes Lächeln nicht ersetzen läßt. Herr Fabian war nicht gut disponiert; darunter litt sein Plumkett, der sonst nicht übel geraten war und auch etwas Humor besaß. Vortrefflich war Herr v. Schenk als Lord Tristan. Dagegen wußte Frl. Arkady mit der hübschen Rolle der Nancy nichts Rechtes anzufangen. Gefreut hat es uns, daß es in Richmond vor Jahrhunderten schon gutsituierte Mägde gab, die — wie Molly Pitt — hochelegante durchbrochene Strümpfe trugen, wenn sie sich den Pächtern zum Dienste anboten. Die musikalische Leitung der Oper hatte Herr Kapellmeister Dr. Hartzem.

Zum Schluß gab es noch einen von den Damen des Balletts wirklich graziös und anmutig ausgeführten Barfußtanz. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 20. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50—1,55 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—4 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück —,— Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,05—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,40, Eier Stck. 6—7 Pfg., Heringe 3 10 Pfg., Dorsche genüg. Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 0,80—1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,30—1,85 Mk., Brachsen 70—80 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen. pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 60—70 Pf., Aland Pfd. 80 Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 20. April.

Auftrieb 2022 Schweine. Markt sehr langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,00 (53,50 bis 54,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,50 bis 67,00 (52,00 bis 52,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,— bis 67,00 (51,50 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,— bis 65,00 (44,00 bis 50,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63,50 bis 65,00 (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 57,00 bis 63,00 (44,50 bis 49,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Komitee- und Kommissionssitzungen

Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierte.
Mittwoch, den 24. April 1912, abends 8½ Uhr präzise
Sitzung.

Hilfsarbeiterin gesucht.
Werner & Hörnig
Buchdruckerei.

Sonnabend abend 8¼ Uhr entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Schwester und Schwägerin
Sophie Paasch Ww., Helenenstr. 5, im 43. Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert v. den Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 24. April, vormittags 11 Uhr, von der Burgtor-Kapelle aus statt.

Eine freundliche, abgeschlossene
Zwei-Zimm.-Wohnung
zu verm. Näh. Charlottstr. 18, p. vorne.

Meine gegen Frau **Kanter** in Vorwerk geäußerte Beleidigung nehme ich hiermit zurück.
Aug. Wenske, Vorwerk.

Danksagung.
Bei dem Heimgange meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sind uns so viele Beweise der Liebe und Teilnahme erwiesen worden, dass es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken und bitten wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank entgegennehmen zu wollen.
Marie Meyer
geb. Haase,
und Kinder.

Garantiert rein
Deutsche Honigarten
in Zusammenstellung mit :::: Raffinade. ::::
Marke
‚DEHAZET'
erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Lange gelbe frühe Juli-Kartoffeln, 10 Pfd. 70 Pfg., 50 Pfd. 3 Mk., Rosen 10 Pfd. 50 Pfg., 50 Pfd. 2 Mk., gute Magnum bonum 10 Pfd. 55 Pfg., gute Speisekartoffeln 10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. 4.50 Mk. empfiehlt **G. Prestin**, Fleischhstr. 60.

Gartenbes. empf. in jeder Preislage
Rosen, Obst- u. Zierbäume, Sträucher, Lauben- u. Heckenpflanzen, Lebensbäume, Frühjahrsblumen, Goldlack usw.
Sämereien in best. Qualität.
Gartenbaubetrieb
C. Rohrdantz, Moisl. Allee 49.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk.